HOME SWEET HOME?

HONDURAS, GUATEMALA UND EL SALVADOR UND DIE STÄNDIG WACHSENDE FLÜCHTLINGSKRISE

AMNESTY INTERNATIONAL

Amnesty International ist eine weltweite Bewegung von mehr als 7 Millionen Menschen, die sich für eine Welt einsetzen, in der Menschenrechte für alle gelten.

Es ist unsere Vision, dass jeder Mensch alle Rechte genießt, die in der Internationalen Erklärung der Menschenrechte und anderen internationalen Menschenrechtsverträgen enthalten sind.

Wir sind unabhängig von Regierungen, politischen Ideologien, wirtschaftlichen Interessen oder Religionen. Wir finanzieren uns hauptsächlich durch Mitglieder und Spenden.

Inoffizielle Übersetzung des englischen Originals
durch die El Salvador-Koordinationsgruppe
von Amnesty International
Postfach 7123
71317 Waiblingen
http://www.ai-el-salvador.de

© Amnesty International 2016
https://www.amnesty.org/en/documents/amr01/4865/2016/en/
Except where otherwise noted, content in this document is licensed under a Creative Commons (attribution, non-commercial, no derivatives, international 4.0) licence. https:// creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode
For more information please visit the permissions page on our website: www.amnesty.org Where material is attributed to a copyright owner other than Amnesty International this material is not subject to the Creative Commons licence. First published in 2016 by Amnesty International Ltd Peter Benenson House, 1 Easton Street
London WC1X ODW, UK

Index: AMR 01/4865/2016
Original language: English
https://www.amnesty.org/en/

Titelfoto: Leiche eines Mannes, der in einer Straße in San Salvador erschossen wurde. El Salvador ist eines der gefährlichsten Länder der Welt, mit einer Mordrate von 108.6 pro 100,000 Einwohner im Jahr 2015. Diese Gewalt ist einer der wichtigsten Faktoren, der die Menschen zur Flucht aus ihrem Land zwingt. 16. Mai 2016
© Amnesty International / Encarni Pindado

AMNESTY INTERNATIONAL

INHALT

1. ZUSAMMENFASSUNG 5

2. RAUSGEWORFEN 9

2.4 GEWALT GEGEN JUGENDLICHE: EINE GENERATION IN GEFAHR 17

2.5 ERPRESSUNG: BLUTZOLL, DER DIE GEWALT NÄHRT 21

2.6 WENN DU DEM STAAT NICHT VERTRAUEN KANNST, GIBT ES DA KEINE SICHERHEIT 21

2.7 RENNEN UM IHR LEBEN: ERZWUNGENE MIGRATION IN EINEM NEUEN ZEITALTER 25

2.8 MINIMIEREN DER BEDEUTUNG VON GEWALT ALS DRUCKFAKTOR 26

3.“UNSERE VERANTWORTUNG ENDET AN DIESER TÜR” 29

3.1 ERZWUNGENE RÜCKKEHR: DIE ZUNAHME VON ABSCHIEBUNGEN UND EINE NEUE REALITÄT 29

3.2 IN GEFAHR UND KEIN AUSWEG 35

3.3 ABGESCHOBEN ZURÜCK IN DIE HÖLLE 37

4.DIE REGIERUNGEN: VERSAGEN IM IN- UND AUSLAND 41

4.1 DIE SUCHE NACH GERECHTIGKEIT IM ZEITALTER GLOBALER MIGRATION 41

5. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN 45

1. ZUSAMMENFASSUNG

Während das Ausmaß der Gewalt zugenommen hat und noch immer Armut und Ungleichheit vorherrschen, scheitern die Regierungen der mittelamerikanischen Länder Honduras, Guatemala und El Salvador, des sogenannten nördlichen Dreiecks, in doppelter Weise daran, ihren BürgerInnen Schutz zu bieten: Die sozioökonomischen Bedingungen sind nach wie vor schlecht und ein zunehmend von Gewalt geprägtes Umfeld durchdringt jeden Winkel ihrer Länder, was extrem viele Menschen zur Flucht veranlasst. Die Regierungen schaffen es jedoch auch nicht, diejenigen zu schützen, die in genau das gleiche gewaltgeprägte Umfeld abgeschoben werden, vor dem sie geflohen sind.

Amnesty International führt eine auf mehrere Jahre angelegte und länderübergreifende Untersuchung der verschiedenen Komponenten dieser regionalen Krise durch. In diesem Zuge werden auch die Gefahren erforscht, denen die Asylsuchenden, Flüchtlinge und MigrantInnen auf ihrer Reise durch Mexiko ausgesetzt sind, ebenso wie das Unvermögen auf regionaler Ebene, den erforderlichen Flüchtlingsschutzmaßnahmen gerecht zu werden. Zukünftige Untersuchungen werden vor allem beleuchten, welche Verfahren in Mexiko und den USA gegen das Nichtzurückweisungsprinzip (principle of non-refoulement) verstoßen, das es völkerrechtlich einem Staat untersagt, Flüchtlinge in ein Land zurückzuschicken, in dem sie Verfolgung und Gefahr ausgesetzt sind.

Das Hochkommissariat für Flüchtlinge der Vereinen Nationen (UNHCR) hat festgestellt, dass Asylsuchende aus dem nördlichen Dreieck ein bestimmtes Risiko-Profil aufweisen: Personen, die von einer kriminellen Bande verfolgt werden, weil sie sich deren Meinung nach nicht ihrer Autorität beugen; Personen, die in Bereichen tätig sind, die für Erpressung anfällig sind; Opfer oder Zeugen von Straftaten, die von Banden oder Mitgliedern der Sicherheitskräfte verübt wurden; Kinder oder Jugendliche aus Gebieten, in denen Banden aktiv sind; Frauen und Mädchen aus Gebieten, in denen Banden aktiv sind, sowie LGBTI (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle und Intersexuelle). Der UNHCR ist der Ansicht, dass all diese Gruppen gemäß der Flüchtlingskonvention von 1951 als schutzbedürftig gelten können. Regionale Instrumentarien wie die Deklaration von Cartagena fordern Flüchtlingsstatus für jene Personen, die vor allgemeiner Gewalt in ihren Ländern fliehen, so wie dies bei den Menschen aus dem nördlichen Dreieck Zentralamerikas der Fall ist.

Um die regionale Dynamik der Mobilität richtig zu verstehen, entschied sich Amnesty International zunächst die Bedingungen zu untersuchen, unter denen diese Menschen ihre gefährliche Reise beginnen und oft auch beenden – ihre Heimatländer – und fand heraus, dass diese Länder ihre Bürger auf ganzer Linie im Stich lassen.

Der Migrationsfluss aus den Ländern des nördlichen Dreiecks durch Mexiko in die Vereinigten Staaten ist ein seit Jahrzehnten existierendes Phänomen. Aber in den vergangenen Jahren hat sich eine neue Realität entwickelt, die Menschen dazu zwingt, ihre Heimat zu verlassen: Sprunghaft ansteigende Gewalt hat eine wachsende Zahl von Menschen dazu veranlasst, nach Norden zu fliehen, um ihr Leben zu retten. Ungeachtet dieser Situation bleiben die meisten der Verbrechen ungestraft und der Zugang zu Gerechtigkeit ein purer Wunschtraum. Darüber hinaus haben die Menschen im nördlichen Dreieck Grund zur Befürchtung, dass die Behörden, die sie eigentlich schützen sollten, in das organisierte Verbrechen verwickelt oder gar selbst die Täter sind. Menschen aus Guatemala, El Salvador und Honduras kämpfen täglich ums Überleben angesichts der allgegenwärtigen Gewalt, und Flucht ist oft die einzige Wahl, die ihnen bleibt.

Amnesty International hat herausgefunden, dass in El Salvador und Honduras Gewalt ein zentraler Grund für das Verlassen des Landes ist. Dort untergraben die hohe Gewalt und der wachsende Umfang der Gebiete, die von Banden kontrolliert werden, das Recht der Menschen auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Bildung und Bewegungsfreiheit. In beiden Ländern leiden Frauen zunehmend an den Auswirkungen der Gewalt. In El Salvador ist die Zahl der Frauenmorde zwischen 2008 und 2015 um 60% gestiegen, während sie in Honduras im gleichen Zeitraum um 37% anwuchs[1]. Im Fall Guatemalas ist Migration, den Untersuchungen von Amnesty International nach, Folge multipler Faktoren, die häufig mit einem historisch hohen Maß an sozialer Ungleichheit verbunden sind. Um die Migrationsfaktoren in Guatemala zu analysieren sind weitere Untersuchungen notwendig.

[1] Die Zahlen für die Morde an Frauen wurden berechnet aus den Mordstatistiken, die das nationale forensische Institut (Instituto Nacional de Ciencias Forenses) zur Verfügung stellt, einsehbar unter www.inacif.gob.gt/index.php?option=com_content&view=article&id=96&Itemid=2, und Angaben der Vereinten Nationan über die Einwohnerzahlen (United Nations Population Division, 2015 Revision of World Population Prospects).

Die Gesamtzahl der Asylanträge, der Abgeschobenen, der Festnahmen unbegleiteter Kinder aus den Ländern des nördlichen Dreiecks sowie die fehlenden politischen Konzepte, um auf diese Anforderungen zu reagieren, führen zu einem extrem mangelhaften Schutz der Menschen und verdeutlichen das Ausmaß der Krise. Die Zahl der Abschiebungen von Mexiko nach El Salvador, Guatemala und Honduras stieg zwischen 2010 und 2015 um 231 %, 188 % und 145 %, was einem durchschnittlichen Anstieg von 179 % entspricht[2]. Die verschärften Einwanderungskontrollen an den nördlichen ebenso wie an den südlichen Grenzen Mexikos bedeuten, dass diese Zahlen in der nächsten Zeit kaum sinken werden. Amnesty International stellte in diesem Zusammenhang fest, dass keine der Regierungen des nördlichen Dreiecks umfassende, klar formulierte Mechanismen hat, um Abgeschobene zu schützen, und diese deswegen großen Gefahren ausgesetzt sind. Die Regierungen haben in die Verbesserung von Aufnahmezentren für Abgeschobene investiert. Trotz dieser Verbesserung ergaben unsere Untersuchungen, dass die Bemühungen der Staaten zum Schutz von Rückkehrern in dem Moment enden, in dem diese die Aufnahmezentren verlassen. In manchen dieser Länder verlassen sich die Behörden auf zivile Organisationen, um diese Lücke zu füllen und die RückkehrerInnen nach dem Verlassen der Aufnahmezentren mit dem Nötigsten zu ihrem Schutz zu versorgen.

Die für MigrantInnen und RückkehrerInnen verantwortlichen nationalen und lokalen Behörden in Guatemala, Honduras und El Salvador waren auf Nachfrage von Amnesty International nicht bereit anzuerkennen, wie sehr das Thema Gewalt die Migrationssituation verändert hat und zu einem Push-Faktor geworden ist. Viele berufen sich auf den Plan der „Alliance for Prosperity“, eine von der US-Regierung finanzierte Entwicklungsinitiative, als Hauptstrategie, um die Ursachen der Migration anzugehen. Niemand konnte jedoch erläutern, wie diese Strategie die Bedürfnisse derjenigen erfüllen soll, die einer Gefahr durch Abschiebung ausgesetzt sind.

Die Länder des nördlichen Dreiecks sind oft bemüht, die Verbindung zwischen Gewalt und dem Zwang zur Migration kleinzureden. Stattdessen konzentrieren sie sich auf historische Faktoren wie wirtschaftliche Chancen und Familienzusammenführungen. Aber die sprunghaft angestiegene Zahl der Asylanträge in der gesamten Region lässt auf eine reelle Verschiebung bei den Migrationsursachen schließen. So ist die Zahl der Asylanträge von Menschen aus El Salvador, Honduras und Guatemala laut der Statistik des UNHCR weltweit zwischen 2010 und 2015 um 597 % gestiegen. Die verzweifelte Situation zeigt sich an der Veränderung der Demographie der Menschen, die sich auf den Weg machen: Sie entstammen zunehmend häufiger den schwächsten gesellschaftlichen Gruppen, deren Grundrechte von den Staaten wiederholt vernachlässigt wurden: Frauen, junge Menschen, Kinder (die sowohl unbegleitet als auch mit ihren Familien reisen) sowie Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender- und intersexuelle Personen (LGBTI).

Wenn Flüchtlinge, MigrantInnen und Asylsuchende auf ihrer Reise in Notsituationen geraten, zeigen sich die entsprechenden Konsulate und Ministerien für Auslandsbeziehungen oft träge und gleichgültig, wenn es darum geht, für die Familien zu Hause Rechts- und sonstige Hilfe zu fordern. Amnesty International stellte fest, dass die Staaten des nördlichen Dreiecks keine klare Verfahrensweise haben, um die Verwandten von MigrantInnen, die bei ihrer Reise durch Mexiko schwere Menschenrechtsverletzungen erleiden, zu unterstützen.

Während die Transit- und Zielländer Schritte zur Eindämmung des Einwanderungsstroms unternehmen, wird die Krise dieser Region nicht behoben werden, solange die Regierungen der Staaten des nördlichen Dreiecks nicht aktiv werden und den Schutz der eigenen Bevölkerung zuhause konkret angehen.

EMPFEHLUNGEN

Die Länder des nördlichen Dreiecks müssen zu ihrer Verantwortung in dieser Krise stehen und Verfahren und gesetzliche Vorgaben erarbeiten und umsetzen, um Abgeschobene zu schützen. Besonderes Augenmerk muss hier gefährdeten Gruppen wie Kindern, Indigenen, Frauen und LGBTI gelten.

Honduras, Guatemala und El Salvador müssen den Angehörigen von Menschen, die auf ihrer Reise Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen zum Opfer gefallen sind, bessere und kontinuierliche Hilfe zukommen lassen. Dazu gehören Dinge wie eine aktivere Unterstützung bei ausländischen Behörden sowie die Entwicklung und Stärkung transnationaler Justizmechanismen. Die Familien müssen über die laufenden Untersuchungen informiert und, wenn nötig, psychologisch betreut werden.

Die internationale Zusammenarbeit, insbesondere der Plan der „Alliance for Prosperity“, sollte Teile der Ressourcen für Programme bereitstellen, die den Bedürfnissen der RückkehrerInnen in Gefahr entsprechen. Wirtschaftshilfe für die Herkunftsländer sollte Auflagen erhalten, um die Planung und Umsetzung von Schutzmechanismen für gefährdete Bevölkerungsgruppen vor und nach der Migration zu unterstützen.

Weitere Empfehlungen sind am Ende dieses Berichts zu finden.

[2] Unidad de Política Migratoria, einsehbar unter http://www.politicamigratoria.gob.mx/es_mx/SEGOB/Estadistica

METHODIK

In diesem Bericht dokumentiert Amnesty International den Gewaltkontext, der die regionale Migration und die Situation der Abgeschobenen in den Ländern des nördlichen Dreiecks verändert hat. Die Organisation führte zwischen März und Juni 2016 fünf Research-Reisen in die drei Länder und nach Südmexiko durch, im Zuge derer sie Aufnahmezentren für RückkehrerInnen besuchte, ca. 50 Personen interviewte, die von Gewalt betroffen und/oder emigriert und abgeschoben worden waren, sich mit Vertretern von zivilen und religiösen Organisationen traf und mit Regierungsmitgliedern sprach.

Mit den Personen, deren Fälle in diesem Bericht explizit beschrieben sind, führte Amnesty International ausführlichere Interviews durch und untermauerte deren Angaben so weit als irgend möglich mit offiziellen Dokumentationen von staatlichen und zwischenstaatlichen Institutionen. Dazu gehörten Geburts- und Todesurkunden, Krankenhausberichte, Fotografien der Opfer und der Verbrechen selbst, Berichte, die bei der Polizei und bei Menschenrechtskommissionen eingereicht wurden, Asylanträge und Mitteilungen von nationalen Regierungs- oder internationalen Flüchtlingsagenturen, sowie Presseberichte und zusätzliche Dokumentationen ziviler Organisationen. In manchen Fällen war es nicht möglich, solche Dokumente zu bekommen, zum einen wegen der prekären Lebenssituation der MigrantInnen, zum anderen, weil die Menschen aus Angst vor Repressalien keine Anzeigen bei den Behörden einreichen wollten. Ebenso wollten viele der Menschen, deren Geschichten in diesem Bericht erzählt werden, anonym bleiben aufgrund des hohen Risikos, dem sie und ihre Familien in ihren Heimatländern ausgesetzt sind. Die sich ständig ändernden Migrationspläne und das hohe Risiko bedeuten auch, dass sich ihre Lebenssituation und ihr Aufenthaltsort schnell ändern kann, wodurch sich der Status der einzelnen Fälle seit dem Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts schon wieder geändert haben kann. Der Bericht enthält die aktuellsten Informationen zum Zeitpunkt der Drucklegung.

Amnesty International erbat und führte in den drei Ländern Gespräche mit verschiedenen Agenturen, die mit Migration zu tun haben. Der honduranische Staatssekretär für Justiz und Menschenrechte ebenso wie das dortige Büro für Kinder, Jugendliche und Familien (Office for Children, Adolescents and Families - DINAF) standen trotz mehrerer Anfragen für Gespräche nicht zu Verfügung. Amnesty International traf sich mit lokalen Beschäftigten des Hochkommissariats für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR), der Internationen Organisation für Migration (IOM) und verschiedener Organisationen der Zivilgesellschaft in allen drei Ländern sowie Konsulatsbeamten in Mexiko. Darüber hinaus wurden umfangreiche Statistiken, Studien und Berichte zum Thema Gewalt, Migration, Asyl und Deportation ausgewertet.

DANKSAGUNGEN

Amnesty International möchte den folgenden zivilgesellschaftlichen Organisationen für ihre wertvolle Hilfe danken: Casa Alianza; Comité de Familiares de Migrantes Desaparecidos del Centro de Honduras (COFAMICENH); Comité de Familiares de Migrantes Desaparecidos del Progreso (COFAMIPRO) in Honduras; Comunicación y Capacitación a Mujeres Trans (COMCAVIS TRANS); Asociación Salvadoreña por los Derechos Humanos (ASDEHU); Grupo de Monitoreo Independiente (GMIES); Comité de Familiares de Migrantes Fallecidos y Desaparecidos in El Salvador; Pop No'j und Equipo de Estudios Comunitarios y Acción Psicosocial (ECAP) in Guatemala; Centro de Derechos Humanos Fray Matías de Córdova; und Fundación para la Justicia y el Estado Democrático de Derecho in Mexico.

Amnesty International möchte diesen Bericht auch all den Menschen widmen, deren persönliche Erfahrungen in diesen Bericht eingeflossen sind, und ihnen danken für ihren unglaublichen Mut und ihre Güte angesichts großer Gefahr und vielfach großer Tragödien.

2. RAUSGEWORFEN

Wanderungsbewegungen von den Staaten des nördlichen Dreiecks (Guatemala, El Salvador und Honduras) durch Mexiko und in die Vereinigten Staaten haben eine lange Tradition in der Region. Fortbestehende Nachwirkungen aus Jahrzehnten des Bürgerkriegs, sozialer Ausgrenzung, stagnierender Wirtschaft, Vertreibung durch Naturkatastrophen und Dürren verursachen seit Jahrzehnten Migration aus den Dreiecksstaaten Richtung Norden. Viele Menschen haben die Zusammenführung mit Familienmitgliedern versucht, nachdem ein Elternteil oder andere Verwandte bereits abgewandert waren. Aber auch wenn das Phänomen an sich nicht neu ist, so sind es doch in den letzten Jahren die Menschen, ihre Motive und die Bedingungen, aufgrund derer sie ihre Heimat verlassen, die sich verändert haben.

CHRONISCHE ARMUT IST NOCH IMMER EIN GRUND, DIE WÜSTE ZU DURCHQUEREN

Trotz des veränderten Kontexts und neuer Faktoren bleiben Armut und soziale Ausgrenzung wichtige Migrationsursachen. Während sich die Armutsraten in einigen lateinamerikanischen Ländern in den vergangenen Dekaden verbessert haben, so waren diese Veränderungen in Mittelamerika nicht so deutlich wie in einigen Ländern in Südamerika. Die Zahl der Menschen im nördlichen Dreieck, die von weniger leben müssen, als sie zum Überleben benötigen, ist noch immer besorgniserregend hoch.

Guatemala sticht durch wachsende Armut hervor, obwohl die Raten eigentlich in den letzten Jahren rückläufig waren. Der Weltbank zufolge lebten 2014 59,3 % der Guatemalteken unterhalb der Armutsgrenze, die sich definiert mit einem Einkommen, das es nicht zulässt, die Grundbedürfnisse an Lebensmitteln und Dienstleistungen einzukaufen[3]. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) kam zu der Ansicht, dass Guatemala das einzige Land in der Region ist, wo die Armut zwischen 2003 und 2013 für etwa 3 Millionen Menschen weiter anstieg[4] und dessen Mittelklasse zusammenschrumpfte[5]. Wirtschaftliche und soziale Ausgrenzung ist vor allem für Kinder nach wie vor dominierende Migrationsursache. Experten vor Ort und zivilgesellschaftliche Organisationen benennen insbesondere „strukturelle Gewalt“ als Auswanderungsgrund, und zwar in Bezug auf die langandauernde Diskriminierung und Ausgrenzung der größten indigenen Bevölkerung in der Region.[6]

[3] Dies ist eine andere Definition als die der globalen Armutsgrenze bei einem Lebensunterhalt von weniger als US$1.90 täglich. The World Bank, Poverty & Equity: Country Dashboard Guatemala, verfügbar unter http://povertydata.worldbank.org/poverty/country/GTM

[4] Die UNDP Studie betrachtet Lateinamerika und die Karibik als Ganzes im Zeitraum 2003 - 2013, aber für Guatemala gibt es Angaben nur bis 2011. UNDP, Progreso multidimensional: bienestar más allá del ingreso, 2016, verfügbar unter http://www.cl.undp.org/content/dam/rblac/docs/Research%20and%20Publications/IDH/UNDP_RBLAC_IDH2016Final.pdf

[5] UNDP, Progreso multidimensional: bienestar más allá del ingreso, pp. 51-53.

[6]

↑ *Stadtrand von Guatemala City, 23. April 2016* *© Amnesty International / Encarni Pindado*

MATEO UND LIDIA

VOM AMERIKANISCHEN TRAUM ZUM AMERIKANISCHEN ALPTRAUM

> "Eines Tages werde ich die Wüste queren und meine Schwester holen … Das habe ich immer vor Augen."

Mateo, 23 Jahre alt, der zusehen musste, wie seine Schwester starb, als sie die Grenze zwischen Mexiko und den USA überqueren wollte, 24. April 2016
© Amnesty International / Encarni Pindado

Im Jahr 2010, als er 17 Jahre alt war, verließen Mateo und seine 22-jährige Schwester Lidia ihre Heimat in Guatemala und machten sich auf den Weg in die Vereinigten Staaten. Sie wollten ein besseres Leben und ihre Familie finanziell unterstützen*. Unter der heißen Sonne in der Wüste Sonora brach Lidia in der Nähe der Grenze zwischen Mexiko und den USA zusammen. Die Gruppe, mit der die beiden reisten, ließen sie ohne Essen oder Wasser zurück und Mateo musste hilflos zusehen, wie seine Schwester Stunden später in seinen Armen starb. Mateo berichtete, wie er sie nachts in den Armen gehalten hat, Tiere abwehrte und wie er versuchte sie zu tragen, bis ihm klar wurde, dass er es nicht schaffen würde, und ging, um Hilfe zu holen. Nachdem er sich verirrt hatte, stellte er sich schließlich den US Einwanderungsbehörden und wurde abgeschoben. Seitdem hat er - trotz der Bitten der Eltern dazubleiben – die Reise mehrfach unternommen, hat es aber nie über Mexiko hinaus geschafft. „Eines Tages werde ich die Wüste queren und meine Schwester holen," sagte er, „das steht mir immer vor Augen." Die Familie hat Anträge bei den Behörden gestellt und DNA-Proben ihrer Tochter eingereicht, aber keine weiteren Informationen über sie erhalten. Falls er es doch nicht selbst schaffen sollte, nochmal dort hinzukommen, so hofft Mateo, dass ihr Körper gefunden wird, „damit mein Gewissen wieder frei wird."

* Namen geändert, um die Identität der Familie zu schützen.

HOME SWEET HOME?
HONDURAS, GUATEMALA UND EL SALVADOR
UND DIE STÄNDIG WACHSENDE FLÜCHTLINGSKRISE
Amnesty International

2.1 LEBEN INMITTEN ALLGEGENWÄRTIGER GEWALT

Nachdem die Gewalt mit dem Ende der internen, bewaffneten Konflikte in Mittelamerika in den 90er Jahren zunächst zurück ging, machten Gangs (sogenannte Maras) und das organisierte Verbrechen die Gegend des nördlichen Dreiecks zu einer der gefährlichsten Regionen der Welt im letzten Jahrzehnt[7]. Die Mara-Aktivitäten nahmen unter dem Einfluss von Bandenmitgliedern, die aus den USA abgeschoben worden waren, und der mexikanischen Drogenkartelle in der Region zu.

Die Unfähigkeit der Staaten, die schnelle Ausbreitung der Banden und ihre Kontrolle über ganze Landstriche zu stoppen, gekoppelt mit der Mitwirkung von und Übergriffe durch häufig korrupte Sicherheitskräfte, überlässt die Menschen ungeschützt der Gewalt. Nicht nur ihr Leben und ihre Sicherheit sind bedroht, sondern auch andere Menschenrechte werden verletzt, wie das Recht auf Freizügigkeit und auf Bildung. Der Kampf der Gangs um Territorien hat unsichtbare Grenzen durch die Länder gezogen, welche die Menschen nicht überqueren dürfen, auch wenn ihre Verwandten, ihre Arbeitsstelle oder ihre Schule auf der anderen Seite liegen. Das trifft insbesondere die ärmsten und marginalisiertesten Gemeinschaften. Kinder und Jugendliche werden mit Zwangsrekrutierung und sexueller Ausbeutung konfrontiert. Große Teile der Bevölkerung werden regelmäßig unter Androhung von Waffengewalt erpresst, insbesondere Kleinunternehmer und Transporteure werden gezielt angegangen. Der Mangel an Aufklärungsmechanismen führt dazu, dass Straflosigkeit für die meisten Verbrechen üblich und Misstrauen gegenüber den Behörden weit verbreitet ist. Das tägliche Leben ist ein andauernder Kampf und solange diejenigen, die am Rande der Gesellschaft leben, in ihrer Heimat keine Aussicht auf Schutz und Gerechtigkeit haben, sehen viele oft nur noch Hoffnung aufs Überleben in der Flucht. Das alles hat eine der unsichtbarsten Flüchtlingskrisen der Welt geschaffen.

2.2 HAUPTSTÄDTE DES MORDENS

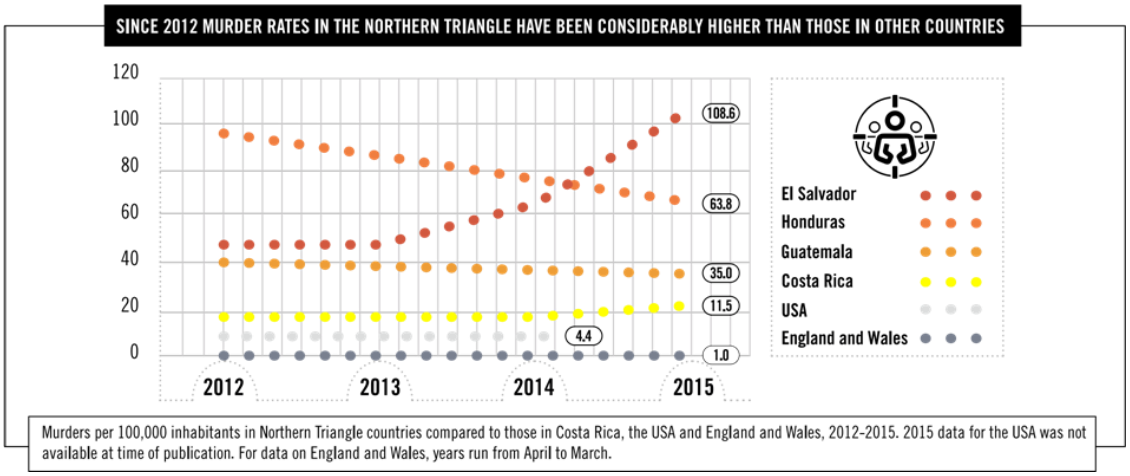
↑ *Die Spurensicherung arbeitet an einem Tatort, wo zwei Menschen in Choloma, Honduras, ermordet wurden. 5. Juli 2016*
© Amnesty International / Encarni Pindado

[7] United Nations Office on Drugs and Crime, Global Study on Homicide 2013: Trends, Contexts, Data, 10 April 2014, S. 33, einsehbar unter www.unodc.org/documents/gsh/pdfs/2014_GLOBAL_HOMICIDE_BOOK_web.pdf

2012 war Honduras eines der „tödlichsten“ Länder der Welt außerhalb eines Kriegsgebietes. Damals wurden dort 92,7 Morde pro 100.000 Einwohner registriert (7.172 Morde waren es insgesamt).[8] Über mehrere Jahre figurierte San Pedro Sula, das wirtschaftliche Zentrum und die zweitgrößte Stadt des Landes, als die Stadt mit der weltweit höchsten Mordrate.[9] Obgleich das Land immer noch als eines der gefährlichsten in der Region gilt, ist die Zahl der Morde offiziellen Statistiken zufolge in den letzten Jahren auf 5.148 (2015) und 2.488 (erste Hälfte von 2016) gesunken.[10]

In El Salvador stieg und sank die Gewalt dramatisch je nachdem, wie die Politik mit dem Thema „Banden“ umging. Die Mordrate sank von 4.366 im Jahr 2011 auf 2.567 im Jahr 2012, als ein Waffenstillstand zwischen verfeindeten Banden in Kraft war. 2015, nachdem der Waffenstillstand gebrochen wurde, schnellte sie wieder hoch auf 6.656 (der Rekord lag bei 108 Morden pro 100.000 Einwohner)[11]. 2015 wurde die Hauptstadt San Salvador zu einer der gefährlichsten Städte der Welt außerhalb eines Kriegsgebietes.[12] Allein in den ersten drei Monaten des Jahres 2016 wurden mindestens 2.015 Morde registriert. Zwischen März und April sanken die Zahlen jedoch fast um die Hälfte.[13] Die Regierung erklärte den Rückgang der Gewalt und der Morde damit, dass eine strenge Sicherheitspolitik Ergebnisse zeige, während Analysten und Journalisten eher die Theorie verfolgten, dass die drei Banden – die Mara Salvatrucha (MS 13) und die zwei Fraktionen von Barrio 18 (Sureños und Revolucionarios) – möglicherweise wieder erneut miteinander verhandeln.[14]

Guatemala gilt ebenso als eines der Länder mit der höchsten Gewaltrate in der Region. Die Zahlen sind auch dort etwas gesunken: von 6.025 Morden im Jahr 2012 auf 5.718 im Jahr 2015 (35 Morde pro 100.000 Einwohner).[15]



[8] Mordrate berechnet aus der Mordstatistik des Instituto Universitario en Democracia, Paz y Seguridad, basierend auf offiziellen Angaben, einsehbar unter www.iudpas.org/boletines/boletines-nacionales , und Einwohnerstatistiken der United Nations Population Division, 2015 Revision of World Population Prospects, einsehbar unter http://www.un.org/en/development/desa/population/theme/trends/dem-comp-change.shtml

[9] Consejo Ciudadano para la Seguridad Pública y la Justicia Penal, For the fourth consecutive year, San Pedro Sula is the most violent city in the world, 20 January 2015, einsehbar unter www.seguridadjusticiaypaz.org.mx/lib/Prensa/2015_01_20_seguridad_justicia_y_paz-50_most_violent_cities_2014.pdf

[10] Sistema Estadístico Policial en Línea, einsehbar unter www.sepol.hn/artisistem/images/sepol-images/files/PDF/Estadistica%20mensal%20Junio%202016.xlsx.pdf

[11] Mordrate berechnet aus der Mordstatistik des Instituto de Medicina Legal, einsehbar unter www.transparencia.oj.gob.sv/portal/transparencia.php?opcion=13 , und Einwohnderstatistiken der United Nations Population Division, 2015 Revision of World Population Prospects.

[12] El Faro, La ciudad más violenta del mundo, 26 January 2016, einsehbar unter http://losblogs.elfaro.net/cronicasguanacas/2016/01/la-ciudad-m%C3%A1s-violenta-del-mundo.html

[13] Instituto de Medicina Legal, einsehbar unter www.transparencia.oj.gob.sv/portal/transparencia.php?opcion=13

[14] El Faro, Pandillas caminan hacia un frente común ante medidas extraordinarias, 5 July 2016, einsehbar unter www.elfaro.net/es/201607/salanegra/18899/Pandillas-caminan-hacia-un-frente-com%-C3%BAn-ante-medidas-extraordinarias.htm

[15] Mordrate berechnet aus der Mordstatistik des Instituto Nacional de Ciencias Forenses, einsehbar unter www.inacif.gob.gt/index.php?option=com_content&view=article&id=97&Itemid=18 , und Einwohnerstatistiken der United Nations Population Division, 2015 Revision of World Population Prospects.

ALEXA UND IHRE FAMILIE *

INNERHALB VON EINER WOCHE ZWEI SÖHNE ERMORDET

> “Wenn du wissen willst, ob dein Sohn noch lebt, schau die Nachrichten an.“

Alexa, 34 Jahre alt, war gezwungen aus Honduras zu fliehen, nachdem zwei ihrer Söhne, jünger als 13 Jahre, von Bandenmitgliedern ermordet worden waren, 18. Juli 2016
© Amnesty International / Encarni Pindado

Alexa lebte mit ihren vier Söhnen in einer armen und gefährlichen Gemeinde in San Pedro Sula, Honduras. Im April 2014 verschwand ihr 13-jähriger Sohn Osvaldo. Als er nach zwei Tagen noch nicht aufgetaucht war, erstattete Alexa Anzeige bei der Polizei. Die Polizisten sagten ihr, sie könnten nicht viel machen, aber sie solle „die Nachrichten schauen, um zu sehen, ob er tot wieder auftaucht“. Vor der Polizeistation sprach sie mit einigen Polizisten, die ihr sagten, sie hätten gerade die Leichen von zwei Jugendlichen gefunden und ihr vorschlugen, zum Leichenschauhaus mitzukommen, um sie zu sehen. Dort identifizierte Alexa eindeutig einen der Jungen als Osvaldo. Er und sein Freund waren gefesselt und schwer verprügelt in einem der „geheimen Häuser“ erschossen worden, die die Banden „casa locas“ nennen.

In der Aufregung während der Suche nach Osvaldo ging auch sein jüngerer Bruder Alberto, 7 Jahre alt, auf die Suche und verschwand ebenfalls. Im Mai, weniger als zwei Tage nach der Beerdigung seines Bruders, wurde Albertos bereits schwer zersetzter Körper eingewickelt in eine Matratze gefunden. Er war das achte von neun Kindern, die in diesem Monat in der Gegend ermordet wurden, vermutlich von einer lokalen Bande, die versuchten, sie zu rekrutieren. Alexa nahm in einem Zeugenschutzprogramm am Prozess gegen mindestens fünf Männer teil, die wegen der Morde verhaftet worden waren. Einen Monat nach dem Fund der Leiche von Alberto floh Alexa mit ihren Söhnen José, 17 Jahre, und Mauricio, 15 Jahre, nach Mexiko, mit finanzieller Unterstützung durch die honduranische Menschenrechtskommission. Die Familie erhielt die Aufenthaltsgenehmigung in Mexiko im Dezember 2014.

Ein Jahr später wurde die Familie im Bundesstraat Veracruz von den Einwanderungsbehörden aufgegriffen. Alexa sagte Amnesty International, sie habe der Behörde gesagt, dass sie ihre Unterlagen verloren habe, in denen ihr rechtmäßiger Status als Flüchtlinge in Mexiko bescheinigt wird. Ihrer Aussage nach wurden sie Ende Dezember 2015 nach Honduras zurückgeschickt, obwohl sie die Behörden gebeten hatte, ihre Namen im elektronischen Einwanderungsregister nachzuschlagen. Alexa sagte Amnesty International, dass weder ein Konsularbeamter in Mexiko noch die Einwanderungsbehörde in Honduras mit ihr darüber gesprochen habe, was mit ihrer Familie passierte. Weil Mauricio noch minderjährig war, wurde er von einem Psychologen der nicht-staatlichen Organisation Casa Alianza interviewt.** Die Familie kehrte in die gleiche Nachbarschaft in Honduras zurück, aus der sie gekommen war. Zwei Wochen nach ihrer Ankunft erhielt Mauricio anonyme Droh-Nachrichten, in denen angekündigt wurde, dass die ganze Familie ermordet werde, wenn sie die Nachbarschaft nicht innerhalb von neun Tagen verlasse. Anfang 2016 begannen die Casa Alianza und der UNHCR mit der Vorbereitung der Papiere, die Alexa und ihrer Familie die Rückkehr nach Mexiko erlauben sollten. Im Mai 2016 reisten Alexa und ihre beiden Söhne wieder nach Mexiko, diesmal mit Unterstützung und etwas finanzieller Hilfe durch den UNHCR.

Im Juli 2016 erhielten sie Flüchtlingsstatus in Mexiko. Alexa möchte weiterhin „arbeiten und überleben“ und Mauricio hofft eines Tages die Schule abschließen und Forensiker werden zu können.

[16] Alle Namen geändert, um die Identität der Familie zu schützen. Interviews mit Amnesty International in San Pedro Sula, Honduras, März 2016, und Tapachula, Mexiko, Juli 2016

[17] Casa Alianza, Teil der weltweiten Organisation Covenant House, ist eine gemeinnützige Organisation, die sich für den Schutz von gefährdeten Kindern und Heranwachsenden in Honduras einsetzt.

2.3 DER GENDER ASPEKT DER GEWALT

Die Verbreitung der Gewalt in den Ländern des nördlichen Dreiecks betrifft die ganze Gesellschaft, aber es betrifft die Menschen auf verschiedene Weise, je nach ihrer Geschlechtsidentität und/oder ihrer sexuellen Orientierung. Während die breite Mehrheit der Mordopfer junge Männer sind, so sind aber auch Frauen sowie lesbische, schwule, bisexuelle, transgender und intersexuelle (LGBTI) Personen von verschiedenen Formen der Gewalt betroffen.

GEWALT GEGEN FRAUEN UND MÄDCHEN

Obwohl die meisten Staaten Mittelamerikas spezielle Gesetze zum Schutz von Frauenrechten erlassen haben, wie von der Interamerikanischen Konvention für die Prävention, Bestrafung und Ausrottung von Gewalt gegen Frauen und vom Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau festgelegt, zeigen die Nachforschungen von Amnesty International, dass in der Praxis Frauen in den Ländern des nördlichen Dreiecks regelmäßig Gewalt ausgesetzt sind und dass ebenso regelmäßig die Untersuchungspflicht missachtet wird.

In Honduras stieg zwischen 2008 und 2015 die Frauenmordrate um 37 % an, während sie in El Salvador im gleichen Zeitraum sogar um 60 % stieg.[18] Einer globalen Studie zufolge war nur ein kleiner Teil dieser Morde von Partnern im häuslichen Bereich begangen worden.[19] Es ist wichtig hervorzuheben, dass gezielte Gewalt gegen Frauen sowie geschlechtsbasierte Gewalt Anlässe für internationalen Schutz sein können, unabhängig davon, ob die Gewalt von Sexualpartnern oder von Gangs verübt wird.

Das Klima der Gewalt betrifft Frauen auf besondere und verschiedene Weise. Honduras zählte allein 2.619 forensische medizinische Untersuchungen wegen sexueller Übergriffe gegen Frauen und 2.808 Untersuchungen wegen Angriffen auf Frauen[20] im Jahr 2015[21]. Im Jahr 2014 waren es noch 2.195 Untersuchungen wegen sexueller Angriffe auf Frauen und 2.301 Ermittlungen wegen Angriffen auf Frauen.[22] Sexuelle Übergriffe und Angriffe auf Frauen zusammengenommen stellten 31,6 % und 35,4 % aller Arten forensischer Untersuchungen dar, die in den jeweiligen Jahren durchgeführt wurden.[23] Es gibt jedoch eine große Dunkelziffer und viele Experten meinen, die Zahlen seien sehr viel höher. Die Justiz in Honduras berichtete von 788 Fällen von Vergewaltigung im Jahr 2015.[24]

Über sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen durch Gangmitglieder in El Salvador wurde in der Presse und von zivilgesellschaftlichen Organisationen berichtet. Es besteht großer Bedarf an umfassenden Studien zu diesem alarmierenden sozialen Problem.[25] Eines der Themen im Zusammenhang mit den Daten betrifft die Tatsache, dass keine der Regierungen des nördlichen Dreiecks ein spezielles Verfahren hat, welches während kriminalistischen Untersuchungen eine Statistik darüber führt, in welchen Fällen die Tötungen von Frauen und LGBTI Personen durch deren Geschlechtsidentität oder deren sexuelle Orientierung motiviert waren. Auch Informationen, die von NGOs bereitgestellt werden, lassen oft keinen eindeutigen Schluss über die Motivation der Taten zu. Das Komitee zur Abschaffung der Diskriminierung von Frauen (CEDAW) hat in den letzten Jahren für keines der drei Länder einen Bericht herausgegeben.

Allerdings berichten Frauen und Mädchen selbst, dass sie geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt sind. Laut dem UNHCR Bericht "Frauen auf der Flucht" beschrieben 64 % der 160 interviewten Frauen aus El Salvador, Guatemala, Honduras und Mexiko, die in den USA Asyl suchten, folgendes:

> *Als mindestens einen der Hauptgründe für die Flucht [nannten sie], Ziel direkter Bedrohung und Angriffe von Mitgliedern krimineller bewaffneter Gruppen gewesen zu sein [...]. Die Frauen gaben übereinstimmend*

---

[18] Frauenmordrate berechnet aus Mordstatistiken wie oben und Einwohnerzahlen der United Nations Population Division, 2015 Revision of World Population Prospects.

[19] The Geneva Declaration on Armed Violence and Development, Global Burden of Armed Violence 2015, October 2015, Ch. 3, p. 109, einsehbar unter www.genevadeclaration.org/fileadmin/docs/GBAV3/GBAV3_Ch3_pp87-120.pdf

[20] Angriffe gegen Frauen werden definiert als "geschlechtsbasierte Gewalt oder Gewalt gegen eine Frau durch einen Liebespartner" - in Instituto Universitario en Democracia, Paz y Seguridad, Boletín Anual No. 40 sobre Mortalidad y Otros, 2015, p. 11, einsehbar unter www.iudpas.org/pdf/Boletines/Nacional/NEd40EneDic2015.pdf

[21] Instituto Universitario en Democracia, Paz y Seguridad, Boletín Anual No. 40 sobre Mortalidad y Otros, pp. 10-11, graphics 22 and 27.

[22] Instituto Universitario en Democracia, Paz y Seguridad, Boletín Anual No. 36 sobre Mortalidad y Otros, 2014, pp. 10-11, graphics 22 and 27, einsehbar unter www.iudpas.org/pdf/Boletines/Nacional/NEd36EneDic2014.pdf

[23] Dazu gehören alle Fälle sexueller Übergriffe, aber in 86,7 % davon waren Frauen die Opfer im Jahr 2015 (p. 11) und 92,6% im Jahr 2014 (p. 11).

[24] Poder Judicial Honduras, Boletín Estadístico 2015, p. 22, einsehbar unter www.poderjudicial.gob.hn/CEDIJ/Documents/BE2015CEDIJ.pdf

[25] La Prensa Gráfica, Violencia contra las mujeres: Extorsión sexual, 27 May 2016, einsehbar unter www.laprensagrafica.com/2016/05/27/violenciacotra-las-mujeres-extorsion-sexual

an, dass Polizei und andere Sicherheitskräfte nicht in der Lage waren, ausreichend Schutz vor Gewalt zu bieten. Mehr als zwei Drittel hatten zuvor versucht, Sicherheit durch Flucht im eigenen Land zu erreichen, aber sagten, dass dies letztendlich nicht half. 60 % der interviewten Frauen berichteten von Angriffen, sexuellen Übergriffen, Vergewaltigungen oder Bedrohung durch die Polizei und andere Behörden. All diese Frauen gaben an, keine oder unzureichende Schutzmaßnahmen erhalten zu haben. 40 % der für diese Studie interviewten Frauen machten keine Anzeigen bei der Polizei, da sie diesen Prozess von vornherein als nutzlos einschätzten.[26]

GEWALT GEGEN LESBISCHE, SCHWULE, BISEXUELLE, TRANSSEXUELLE UND INTERSEXUELLE MENSCHEN (LGBTI)

Lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle und intersexuelle Menschen werden oft Ziel von Missbrauch, Einschüchterung und Gewalt aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität. Sie erfahren nicht nur selten Gerechtigkeit, sondern werden oftmals gänzlich ignoriert, herabgesetzt oder durch Gesetzeshüter schikaniert. Das verletzt ihr Recht auf gleichen Schutz durch die Gesetze, ohne Diskriminierung, und auf gleiche Anwendung und gleichen Schutz aller Menschenrechte.[27]

Es ist schwierig, offizielle Statistiken über Morde an LGBTI Personen zu erhalten. Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte hat festgestellt, dass in diesem extremen Klima der Gewalt marginalisierte Gruppen wie LGBTI Personen oft zum Ziel von Missbrauch werden.[28] Transfrauen werden aufgrund der patriarchalen sozialen Normen besonders oft stigmatisiert und vornehmlich Opfer von Gewalt und Erpressung durch Banden, weil sie wegen Diskriminierung oft größeren Hindernissen beim Zugang zur Justiz gegenüber stehen. Aktivisten vor Ort berichteten Amnesty International, dass aufgrund der Diskriminierung bei der Jobvergabe Transpersonen oft in der Sexarbeit enden, wodurch sie spät nachts in Gegenden und unter Bedingungen arbeiten müssen, die sie größeren Risiken von Gewalt und Kriminalität aussetzen. Sie erfahren auch bei der Polizei und anderen Behörden Drangsalierung und Einschüchterung wegen ihrer Geschlechtsidentität und/oder sexuellen Orientierung. Auch im Falle von Straftaten stehen sie schweren Hindernissen beim Zugang zur Justiz gegenüber, durch Justizangestellte, die sie diskriminieren.

Die salvadorianische Organisation ASTRANS, die sich für die Menschenrechte von Transsexuellen einsetzt, gab bekannt, dass den Nachrichten zufolge von 42 im Jahr 2015 ermordeten LGBTI Personen 32 Transfrauen waren.[29] Der salvadorianische Ombudsmann für Menschenrechte, David Morales, sagte, dass sein Büro zwischen 2009 und 2015 mindestens 14 Mordfälle an LGBTI Personen untersucht hat sowie 5 Fälle allein in den ersten beiden Wochen im Jahr 2016. Er fügte hinzu, dass es in allen Fällen keine oder nur wenig Gerechtigkeit gegeben habe.[30]

Für viele LGBTI Personen, die Gewalt erfahren haben, bleibt nur noch die Flucht. Die salvadorianische Transgender Aktivistin und Direktorin der Organisation COMCAVIS TRANS, Karla Avelar, schrieb in einem Blogbeitrag, der auf der Webseite von Amnesty International im Juli 2015 veröffentlicht wurde, dass ihre Organisation 60 Fälle von Transfrauen registriert hat, die aus El Salvador geflohen sind, weil sie im Jahr zuvor direkter Bedrohung oder Missbrauch ausgesetzt waren.[31] In den letzten 6 Monaten, sagte sie, habe COMCAVIS 13 Morde und 13 versuchte Morde an Transfrauen im Land registriert. In keinem der Fälle wurde Recht gesprochen. Sie fügte hinzu, dass die Polizei und die Sicherheitskräfte oft die schlimmsten Täter bei der Schikanierung der Transgender Gemeinschaft sind. Im Juni 2015 beispielsweise wurde Aldo Alexander Peña, ein Transmann, brutal von der Polizei verprügelt.[32] Anfang Dezember 2015 gab der UNHCR bekannt, dass 2015 13 % der Flüchtlinge und Asylsuchenden, die in ihrem Büro in Tapachula in Südmexiko eintrafen, LGBTI Personen waren.[33]

---

[26] UNHCR, Women on the Run, 2015, p. 4, available at www.unhcr.org/5630f24c6.html

[27] Art. 1 und 24 der Amerikanischen Menschenrechtskonvention "Pact of San Jose, Costa Rica", einsehbar unter www.oas.org/dil/treaties_B-32_American_Convention_on_Human_Rights.pdf

[28] Inter-American Commission on Human Rights, Violencia contra Personas Lesbianas, Gay, Bisexuales, Trans e Intersex en América, 12 November 2015, pp. 172-173, einsehbar unter www.oas.org/es/cidh/informes/pdfs/ViolenciaPersonasLGBTI.pdf

[29] Contrapunto, En los tacones de la discriminación, 17 May 2016, einsehbar unter at www.contrapunto.com.sv/sociedad/ddhh/en-los-tacones-de-la-discriminacion/697

[30] Procuraduría para la Defensa de los Derechos Humanos, Procurador hace un llamado a las autoridades a investigar los recientes homicidios de personas de la población LGBTI en El Salvador, 18 January 2016, einsehbar unter www.pddh.gob.sv/menupress/735-procurador-hace-un-llamado-alas-autoridades-a-investigar-los-recientes-homicidios-de-personas-de-la-poblacion-lgbti-en-el-salvador

[31] K. Avelar, "Ser mujer trans en El Salvador: 'Tengo miedo constantemente'", in Amnesty International, 30 July 2015, einsehbar unter https://www.amnesty.org/es/latest/news/2015/07/ser-mujer-trans-en-el-salvador-tengo-miedo-constantemente/

[32] N. Lakhani, 'LGBT in El Salvador: Beatings, intolerance, death', in Al Jazeera, 12 August 2015, einsehbar unter http://www.aljazeera.com/indepth/features/2015/08/lgbt-el-salvador-beatings-intolerance-death-150805075132892.html

[33] UNHCR, Stabbed 58 times, transgender woman flees El Salvador, 8 December 2015, einsehbar unter www.unhcr.org/news/latest/2015/12/566699f76/stabbed-58-times-transgender-woman-flees-el-salvador.html

PATRICIA *

EINE TRANSGENDER FRAU, DIE EINFACH NUR LIMONADE VERKAUFEN WOLLTE

> “Ich habe Angst, dass mir wieder was passieren wird und dass sie mich wieder verletzen... es ist unmöglich, noch in diesem Land zu leben“

Patricia, 32 Jahare alt, Transfrau, erpresst, bedroht und von Bandenmitgliedern gezwungen, aus El Salvador zu fliehen, 10. Mai 2016
© Amnesty International / Encarni Pindado

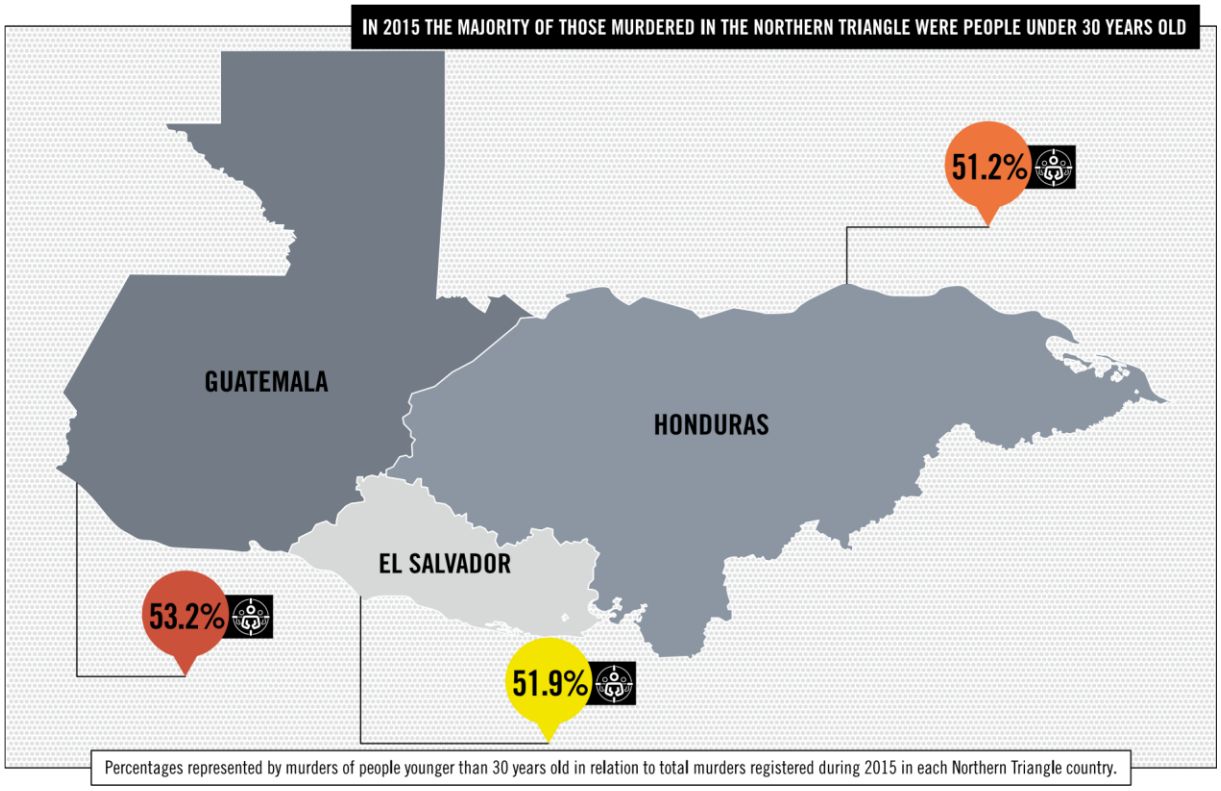
Patricia ist eine 32-jährige Transfrau aus El Salvador, die stolz auf ihr eigenes kleines Geschäft war, in dem sie in der Nachbarschaft Limonade verkaufte. Patricias Geschäft wurde gefährdet durch die „Miete“, die sie gezwungen war, an die lokale Banden zu bezahlen. Sie verlangten zwischen US$ 50 und US$ 100 pro Monat, eine Summe, die sie fast nie bezahlen konnte. Patricia hat dann Drohungen von den Banden erhalten, dachte aber nie darüber nach, zu den Behörden zu gehen, weil sie in der Vergangenheit auch von Polizisten belästigt worden war, sowohl aufgrund ihrer Geschlechtsidentität als auch aufgrund von Vorfällen zuhause. Zwei Mal hat sie beim Obbudsmann für Menschenrechte (PDDH) Anzeige wegen Belästigung durch die Polizei erstattet, aber nie Ergebnisse gesehen. Beim ersten Mal, im Juni 2015, berichtete sie der PDDH, dass Polizisten mit vermummten Gesichtern um 3 Uhr morgens zu ihr nach Hause gekommen waren. Sie fragten nach einem Bruder, der seit mehr als drei Jahren nicht mehr dort lebte, schlugen sie dann mit ihren Gewehren und sagten ihr, sie habe noch einen Monat Zeit, um das Haus zu verlassen. Bei der zweiten Anzeige im September 2015 sagte sie, ein Nachbar habe sie darauf hingewiesen, dass Polizisten in der vergangenen Woche zwei Mal im gleichen Hausnach ihr gesucht hatten und sie suchten sie auch an ihrem Arbeitsplatz. In den Tagen nach diesen Vorfällen hat sie beschlossen, nach Mexiko zu gehen.

Nachdem sie auf der Reise angegriffen und ausgeraubt worden war, wurde ihr Asylantrag in Mexiko abgelehnt mit der Begründung, dass sie 12 Jahre zuvor eine Haftstrafe aufgrund eines Drogendeliktes abgesessen habe. Sie wurde im April 2016 nach El Salvador abgeschoben. Sie sagte, sie habe dem Beamten der Einwanderungsbehörde mitgeteilt, dass sie aus Angst um ihre Sicherheit geflohen war, aber er habe keine Antwort darauf gehabt. Als sie zwei Wochen später mit Amnesty International sprach, plante sie bereits wieder die Flucht nach Mexiko in unmittelbarer Zukunft. „Ich habe Angst, dass mir wieder was passieren wird und dass sie mich wieder verletzen werden. Ich fühle mich hier nicht sicher, es ist einfach nicht mehr möglich, in diesem Land zu leben“, sagte Patricia.

* Name geändert, um die Identät zu schützen. Interview in San Salvador, El Salvador, Mai 2016.

2.4 GEWALT GEGEN JUGENDLICHE: EINE GENERATION IN GEFAHR

Auch Kinder und Jugendliche gehören zu den primär Leidtragenden der Gewaltwelle. Bei den 6.656 Morden, die im Jahr 2015 in El Salvador begangen wurden, waren 1.227 der Opfer unter 19 Jahre und weitere 1.294 zwischen 20 und 24 Jahre alt.[35] Bei den 5.148 Morden in Honduras im Jahr 2015 waren 727 der Opfer unter 19 und 993 zwischen 20 und 24 Jahre alt.[36] In beiden Ländern ist die überwiegende Mehrheit der Opfer männlich, und Jungen ebenso wie junge Männer werden nach wie vor von den Banden zwangsrekrutiert. Diejenigen, die sich dagegen wehren, sind in Gefahr von gewaltsamen Vergeltungsmaßnahmen. Von den 5.718 Ermordeten in Guatemala war ca. ein Fünftel unter 19 Jahre und die Mehrheit von ihnen, 807 Personen, waren männlich.[37]



In allen Fällen, die in diesem Bericht dokumentiert werden, haben Kinder und Jugendliche, die Opfer von Gewalt wurden, die Schule verlassen und sind nicht wieder zurückgekehrt, Entweder, weil sie von den Banden gewaltsam dazu gezwungen werden oder aus Angst, ihr nächstes Opfer zu werden. Nachrichten zufolge, die sich auf offizielle Informationen stützen, haben 2015 39.000 Schüler, dreimal so viele wie im Jahr zuvor, die Schule wegen Schikanen und Drohungen durch Banden verlassen. 2009 lag die Zahl noch bei 6.100. Die Lehrergewerkschaft meint jedoch, dass die wirklichen Zahlen für 2015 mindestens doppelt so hoch sein könnten.[38] Die Kombination aus Zwangsrekrutierung für die Banden und dem Druck, die Schule zu verlassen, gefährdet die Jobperspektiven einer gesamten Generation, verstetigt sozialen Ausschluss und macht es immer schwieriger, sie aus den Fängen des organisierten Verbrechens zu befreien.

---

[35] Instituto de Medicina Legal, einsehbar unter www.transparencia.oj.gob.sv/portal/transparencia.php?opcion=13

[36] Sistema Estadístico Policial en Línea, einsehbar unter https://www.sepol.hn/artisistem/images/sepol-images/files/PDF/Estadistica%20mensual%20Junio%202016.xlsx.pdf

[37] Instituto Nacional de Ciencias Forenses, einsehbar unter www.inacif.gob.gt/index.php?option=com_content&view=article&id=97&Itemid=18

[38] J. López, 'Deserción escolar por violencia se ha triplicado en últimos dos años', in Elsalvador.com, 19 July 2016, einsehbar unter www.elsalvador.com/articulo/sucesos/desercion-escolar-por-violencia-triplicado-ultimos-dos-anos-119540

Der Zusammenhang zwischen Gewalt und Migration ist vor allem bei Kindern äußerst akut.[39] Der Bericht des UNHCR „Kinder auf der Flucht“, der die Situation von unbegleiteten Kindern aus El Salvador, Guatemala, Honduras und Mexiko dokumentiert, sagt dazu Folgendes:

> *2006 wiesen nur 13 % der vom UNHCR befragten unbegleiteten und getrennten Kinder Anzeichen für ein Schutzbedürfnis nach internationalen Kriterien auf, das heißt 11 der 75 Kinder, die damals befragt wurden. Im Unterschied dazu gaben mehr als die Hälfte (53 %) der 404 für die Studie von 2013 befragten Kinder neben Familienzusammenführung, Schule oder besseren Chancen sowie Mängel sonstiger Art auch die Suche nach internationalem Schutz als Grund an, warum sie ihre Heimatländer verlassen haben. Gründe dafür waren unter anderem Gewalt innerhalb der Gesellschaft vor allem durch bewaffnete kriminelle Akteure… 192 (d.h. 48 %) der befragten Kinder teilten mit, dass sie durch bewaffnete Banden, Staatsvertreter oder andere Personen in ihrem Umfeld entweder schwere Gewalt erfahren hatten oder bedroht worden waren oder dass sie durch mangelnden Schutz von staatlicher Seite zu Schaden kamen.*[40]

Wenn Banden gewisse Gebiete kontrollieren, wirkt sich das besonders stark auf das Leben von Kindern aus, weil ihr Recht auf Schutz vor Gewalt behindert wird. Jungen sind wirtschaftlicher Ausbeutung in Form von Zwangsrekrutierung, Mädchen sind dem Risiko sexueller Ausbeutung ausgesetzt. Von den 108 vom UNHCR befragten Kindern, die eigenen Angaben zufolge vor Bandengewalt geflohen sind, waren 79 Jungen.[41] Die ungeschriebenen Verhaltensregeln, die die Banden in den von ihnen kontrollierten Gegenden aufstellen, führen dazu, dass Kinder aus Angst das Haus nicht verlassen, und machen es geradezu unmöglich, dass sie ihre Rechte auf Bewegungsfreiheit, Bildung, Erholung und Spiel wahrnehmen, so wie dies die UN-Konvention über die Rechte des Kindes eigentlich garantiert.[42]

In Gemeinschaften, in denen Banden die Kontrolle haben, werden Alltagsentscheidungen wie die, auf welcher Straße man gehen oder wo man zur Schule gehen möchte, zu Entscheidungen über Leben und Tod.

[39] M. Orozco and J. Yansura, Centroamérica en la Mira: La migración en su relación con el desarrollo y oportunidades para el cambio, 2016, pp. 29-*33, Teseo.*

[40] UNHCR, Children on the Run: Unaccompanied Children Leaving Central America and Mexico and the Need for International Protection, 2014, pp. 2426, einsehbar unter www.unhcr.org/56fc266f4.html

[41] UNHCR, Children on the Run: Unaccompanied Children Leaving Central America and Mexico and the Need for International Protection, p. 27

[42] Convention on the Rights of the Child, einsehbar unter www.ohchr.org/en/professionalinterest/pages/crc.aspx

.

LEONORA *

EIN TEENAGER WIRD ENTFÜHRT, WEIL SIE ZUR SCHULE GEHT

Leonora, 14 Jahre alt, wird von Bandenmitgliedern entführt, als sie zur Schule geht, 7. Juli 2016
© Amnesty International / Encarni Pindado

Die 14-jährige Leonora und eine Schulfreundin wurden von mehreren Mitgliedern einer lokalen Bande aufgefordert, nicht an ihre Schule zurückzukehren, die in einer von der Bande kontrollierten Zone lag, weil sie in einer Nachbarschaft lebten, die von einer rivalisierenden Bande kontrolliert wurde. Im April 2016 entschieden die beiden Mädchen dennoch, zur Schule zu gehen, und wurden von den gleichen Männern konfrontiert. Sie zwangen Leonora und ihre Freundin, in ein Auto zu steigen, und hielten sie vier Tage lang in einem Haus gefangen. In dieser Zeit erhielten sie nichts zu essen und wurden gezwungen, Kokain und Extasy zu nehmen und in bestimmten Gegenden Drogen zum Verkauf zu hinterlegen. Den Mädchen gelang nach einigen Tagen die Flucht durch ein offenes Fenster, während die Männer nicht da waren, und konnten vom Telefon eines Nachbarn Leonora's Mutter anrufen und bitten, sie abzuholen.

Während ihrer Gefangenschaft suchte Leonoras Mutter Alejandra pausenlos nach ihr, erstattete eine Vermisstenanzeige bei der Polizei und erschien sogar im Fernsehen mit der Bitte um Information über den Aufenthaltsort ihrer Tochter. Alejandra sagte Amnesty International, dass sie nach dem Anruf ihrer Tochter den Polizisten angerufen hat, der den Fall bearbeitet hat, aber erfahren hat, dass er an dem Tag frei habe und nichts tun könne. Sie ging zur Polizeistation und einige Polizisten kamen mit, um ihre Tochter von dort zu retten, wo der Anruf hergekommen war. Leonora und Alejandra sagten, dass die Polizisten den Hinweisen von Leonora auf das Haus, in dem sie festgehalten worden waren, nicht weiter folgten. Sie nahmen auch keine Zeugenaussagen auf und erstellten keinen Bericht, nachdem sie die Mädchen abgeholt hatten. Die Polizei stellt häufig keine weiteren Ermittlungen in solchen Fällen an, aus Angst oder weil sie Komplizen der kriminellen Banden sind.

Auf Rat der Polizisten fuhren Alejandra und Leonora noch am gleichen Tag zu Leonora's Tante und kehrte nicht wieder zurück. Seitdem ist Leonora zu zwei verschiedenen Verwandten in verschiedenen Teilen des Landes gezogen; sie besucht keine Schule und hat auch nicht mit ihren Freundinnen gesprochen. Sie verbringt die meiste Zeit des Tages innerhalb des Hauses, weil sie Angst davor hat, die Männer wieder zu sehen, die sie entführt haben. Mit Hilfe der örtlichen Gruppe der Organisation Casa Alianza beginnt sie nun wieder Unterricht zu nehmen und hofft, bald in die Schule zurückkehren zu können und irgendwann Ärztin zu werden.

* Alle Namen geändert, um die Identität zu schützen. Interview in San Salvador, El Salvador, Mai 2016.

YOLANDA *

DER TRAUM, ARCHITEKTIN ZU WERDEN, GEPLATZT, NACH DER BEOBACHTUNG EINES MORDES

Yolanda, 19 Jahre alt, erhielt Todesdrohungen, nachdem sie einen Mord durch Bandenmitglieder beobachtet hatte
El Salvador, 14. Mai 2016
© Amnesty International / Encarni Pindado

Die 19-jährige Yolanda kennt ihre Mutter Teresa hauptsächlich von beinahe täglichen Telefongesprächen.Als Yolanda noch ein Baby war, ließ Teresa sie bei einer Tante zurück und zog in die Vereinigten Staaten, um Arbeit zu suchen. Teresa erhielt eine vorläufige Aufenthaltserlaubnis (TPS) und kann legal in den USA leben und arbeiten. Yolanda hat 2015 ein Visum erhalten und konnte ihre Mutter besuchen, war aber glücklich damit, in El Salvador zu leben und Architektur zu studieren.

Im Februar 2016 hielten Bandenmitglieder ein Auto an, in dem sie sowie einige Studienkollegen auf dem Heimweg von der Schule und andere Menschen aus der Nachbarschaft mitgenommen worden waren. Die Bande zwang einen der Jungen dazu auszusteigen und befahlen den anderen Leuten wegzufahren. Während sie sich entfernten, hörten sie Schüsse und erfuhren später, dass der Junge erschossen worden war. In der Nacht danach, als Yolanda mit ihrem Freund zusammen war, erhielt sie Telefonanrufe von einer unbekannten Person, in denen ihr befohlen wurde, niemandem zu erzählen, was passiert ist, und dass sie innerhalb von 24 Stunden die Nachbarschaft verlassen müsse, sonst werde sie getötet.

Yolanda floh und lebt seither bei verschiedenen Verwandten. Sie konnte ihr Studium nicht wieder aufnehmen, hat den Kontakt mit den meisten ihrer Freunde abgebrochen und verlässt kaum das Haus. Aus Angst um sich und ihre Familie meldete sie den Vorfall nicht bei der Polizei. Yolandas Verwandte schlugen vor, dass sie zu ihrer eigenen Sicherheit in die USA zu ihrer Mutter ziehen solle, und verfassten mit Hilfe der Organisation „Independent Monitoring Group of El Salvador“ (GMIES) einen Antrag an die US-Botschaft gemäß dem Central American Minors (CAM) Flüchtlingsprogramm. CAM wurde im Dezember 2014 gestartet, um Anträge von salvadorianischen, honduranischen und guatemaltekischen Flüchtlingen unter 21 Jahre, deren Elternteil(e) legal in den USA leben, vor Ort zu bearbeiten. Im Juli 2016 wurde das Programm auf deren Familienmitglieder über 21 Jahre ausgedehnt.** Im Mai 2016 wurde Yolanda der Flüchtlingsstatus verweigert mit der Begründung, dass sie nicht bewiesen habe, dass ihre Angst vor Verfolgung schutzwürdigen Charakter habe. Sie hat jedoch eine vorübergehende Einreiseerlaubnis erhalten, was es ihr ermöglicht, für zwei Jahre in die USA zu gehen und diese Erlaubnis dann zu verlängern. Im Juli wartete Yolanda, nach Monaten im Versteck, sehnlich auf die Nachricht vom US Department of Homeland Security, dass sie in die USA ausreisen darf. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts hatte sie El Salvador noch nicht verlassen.

* Alle Namen geändert, um die Identität zu schützen. Interview in San Salvador, El Salvador, Mai 2016.

** In den ersten eineinhalb Jahren wurde das CAM Programm scharf kritisiert, weil zu wenig Menschen zugelassen wurden und wegen der Schwerfälligkeit bei der Bearbeitung der Anträge. Laut Zeitungsberichten erhielten in dieser Zeit lediglich 267 Kinder eine Einreiseerlaubnis. Weitere 2.880 Personen, darunter auch Yolanda, hatten eine Genehmigung erhalten und warteten auf die Ausreise. Am 26. Juli 2016 wurde angekündigt, dass das CAM Programm auf ganze Familien der Kinder ausgedehnt werde, die anspruchsberechtigt seien, einschließlich Geschwister und deren PflegerInnen über 21 Jahre. In einer Telefonkonferenz mit Journalisten sagte Amy Pope, Deputy Homeland Security Adviser, dass die Änderungen vorgenommen worden seien, weil „diie Kriterien zu eng sind, um den verschiedenen Kategorien an Menschen zu entsprechen, von denen wir glauben, dass sie gemäß unserer Flüchtlingsgesetze Anspruch hätten, die aber einfach nicht die Möglichkeit haben, den Antrag zu stellen,“ laut einem Artikel in der New York Times. Als Teil des Programms stimmte Costa Rica zu, als vorübergehender Aufenthaltsort für längstens sechs Monate für bis zu 200 ausgewählte Menschen zu dienen, während ihre Anträge geprüft werden, laut Angaben der New York Times. Der UNHCR und Beamte des Weißen Hauses sagten, die Behörden wollen Asylanträge in den Herkunftsländern prüfen, um Asylsuchende davon abzuhalten, die Reise durch Mexiko zur US-amerikanischen Grenze anzutreten.
Quelle: New York Times, US to Admit More Central American Refugees, 26 July 2016, einsehbar unter www.nytimes.com/2016/07/27/us/politics/obama-refugees-central-america.html?_r=0

2.5 ERPRESSUNG: BLUTZOLL, DER DIE GEWALT NÄHRT

Morde, sexuelle Gewalt und Drohungen lassen das Ausmaß der Gesetzlosigkeit und Gewalt ermessen, von der die Bürger im Nördlichen Dreieck in den letzten Jahren terrorisiert werden.

Erpressung als Finanzierungsquelle für die Banden ist weit verbreitet und beeinträchtigt große Teile der Gesellschaft, trifft aber die Gemeinden am härtesten, die arm sind und von den Banden regiert werden. Die Banden verlangen „Kriegssteuern" oder „Miete" von den Einwohnern. Salvadorianer bezahlen ca. 3 % des Bruttoinlandsprodukts als Lösegeld. Wenn das Geld mitgerechnet wird, das für Sicherheitsmaßnahmen ausgegeben wird, und das Einkommen, was den Menschen verloren geht, die von der Arbeit abgehalten werden, kostet es die Wirtschaft fast 16 %, was eine Studie belegt, die vom Magazin „The Economist" zitiert wird.[46] Die Honduranische Einheit zur Bekämpfung von Erpressung (Honduran National Anti-extortion Force) sagte, dass die Erpressungsraten in der Region bei jährlich 390 Millionen US Dollar in El Salvador, 200 Millionen US Dollar in Honduras und 61 Millionen US Dollar in Guatemala lägen. Trotzdem wird vermutet, dass die tatsächlichen Zahlen viel höher seien, wie Nachrichtenberichte erklären.[47] Diejenigen, die in der Transportbranche arbeiten oder ein kleines eigenes Geschäft haben, sind besonders betroffen und wenn sie es nicht schaffen, den Zahlungsaufforderungen nachzukommen, wird dies mit Vergeltungsmaßnahmen von Drohungen bis zum Abbrennen des Geschäfts oder Mord geahndet. Der Verband der Salvadorianischen Busbesitzer sagte, dass 35 % der Buslinien im Großraum San Salvador zwischen 2010 und 2015 auf Grund der Erpressungen bankrott gingen, so berichtete die Tageszeitung La Prensa. Diese berichtete auch, dass 70 Mitarbeiter im Transportwesen allein 2014 getötet worden seien.[48]

2.6 WENN DU DEM STAAT NICHT VERTRAUEN KANNST, GIBT ES DA KEINE SICHERHEIT

Den Behörden im Nördlichen Dreieck gelingt es nicht, ihrer Verpflichtung nachzukommen, das Recht auf Leben und das Recht auf persönliche Integrität zu respektieren und zu schützen, weil sie sich nicht mit der zunehmenden Gewalt und den Morden befassen.[49] Die Interamerikanische Menschenrechtskommission hat festgestellt, dass die Staaten in besonderem Maße dazu verpflichtet sind, alle Handlungen zu verhindern, zu untersuchen und zu verurteilen, die das Recht auf Leben verletzen. Das schließt auch Gewalttaten ein, die von staatlichen oder nicht-staatlichen Akteuren begangen werden.[50] Ebenso hat der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof immer wieder betont, dass Staaten verpflichtet sind, Verhältnisse zu garantieren, die sicherstellen, dass das Recht auf Leben nicht verletzt wird.[51] Dazu müssen Staaten ein effektives Rechtssystem errichten, um den Entzug des Lebens zu verhindern, strafrechtlich zu verfolgen und zu verurteilen, sowohl wenn dieser von Sicherheitskräften des Staates begangen wurde oder eine Konsequenz einer kriminellen Tat generell ist.[52]

Die Interamerikanische Menschenrechtskommission hat außerdem hinzugefügt, dass die Behörden bei der Erfüllung ihrer Verpflichtung, das Recht auf Leben zu respektieren und zu schützen, staatliche Regeln zum Schutz der Öffentlichkeit entwerfen, umsetzen und konstant überprüfen müssen.[53]

Als Teil dieser Verpflichtung müssen die Staaten außerdem einen adäquaten, normativen Rahmen entwickeln, um alle Bedrohungen des Rechts auf Leben abzuwehren. Diese Rahmenbedingungen müssen effektive, umfassende und unabhängige Untersuchungen von Verletzungen des Rechts auf Leben zulassen. Sowohl die Interamerikanische Menschenrechtskommission als auch der Gerichtshof haben festgelegt, dass die Pflicht, Verletzungen des Rechts auf Leben zu untersuchen und zu verurteilen essentiell ist, weil Straflosigkeit die kontinuierliche Wiederholung von Menschenrechtsverletzungen und die totale Schutzlosigkeit von Opfern und deren Familien vereinfacht.[54]

---

[46] The Economist, The gangs that cost 16% of GDP, 21. Mai 2016, verfügbar unter www.economist.com/news/americas/21699175-countrys-gangs-specialiseextortion-they-may-be-branching-out-gangs-cost

[47] La Prensa, "Imperios de la extorsión" están en Honduras y El Salvador, 1. Juli 2015, verfügbar unter www.laprensa.hn/honduras/854572-410/imperios-de-la-extorsi%C3%B3n-est%C3%A1n-en-honduras-y-el-salvador

[48] La Prensa, "Imperios de la extorsión" están en Honduras y El Salvador.

[49] Articles 4.1 and 5 of the American Convention on Human Rights "Pact of San Jose, Costa Rica", verfügbar unter www.oas.org/dil/treaties_B-32_American_Convention_on_Human_Rights.pdf

[50] Inter-American Commission on Human Rights, Report on Citizen Security and Human Rights, para. 108, verfügbar unter www.oas.org/en/iachr/docs/pdf/CitizenSec.pdf

[51] Inter-American Court of Human Rights, Case of the Pueblo Bello Massacre vs. Colombia, 2006, para. 120, verfügbar unter www.corteidh.or.cr/docs/casos/articulos/seriec_140_ing.pdf

[52] Inter-American Court of Human Rights, Case of Escué-Zapata vs. Colombia, 2007, para. 40, verfügbar unter www.corteidh.or.cr/docs/casos/articulos/seriec_165_ing.pdf

[53] Inter-American Commission on Human Rights, Report on Citizen Security and Human Rights, para. 226, verfügbar unter www.oas.org/en/iachr/docs/pdf/CitizenSec.pdf

[54] Inter-American Commission on Human Rights, Report on Citizen Security and Human Rights, p. 12

Jedoch haben die Behörden im Nördlichen Dreieck immer wieder in ihrer Verpflichtung versagt, Gerechtigkeit herzustellen und den Opfern und ihren Angehörigen zu helfen. Die Staaten müssen bestimmte Schutzmaßnahmen erlassen, wenn sie Gründe haben anzunehmen, dass eine bestimmte Gruppe oder Person gefährdet ist. Diese Verpflichtungen wurden zum Beispiel im Fall von geschützten Zeugen oder Menschenrechtsverteidigern nicht erfüllt, die bedroht oder angegriffen wurden.

Ein roter Faden zieht sich durch alle Geschichten der Menschen, die vor Gefahren zu Hause fliehen und unbekannte und gravierende Risiken auf ihrer Reise in die USA in Kauf nehmen: Der völlige Mangel an Vertrauen oder Zuversicht in die Behörden, sie zu schützen oder die Verursacher der Gewalt vor Gericht zu bringen. Dies ist nicht überraschend, wenn man die allgegenwärtige Straflosigkeit in diesen Staaten für alle Straftaten betrachtet. Laut einer akademischen Studie, die auf offiziellen Statistiken beruht, verfolgte die Salvadorianische Generalstaatsanwaltschaft zwischen 2006 und 2009 nur 20 % aller Straftaten, die ihr angezeigt wurden. Zwischen 2009 und 2013 wurden 85 % der Strafverfahren eingestellt und nur 8,4 % führten zu einer Verurteilung.[55] Die Interamerikanische Menschenrechtskommission berichtete über Informationen, wonach zwischen 2010 und 2013 in Honduras nur 3,7 % aller Morde zu einer Verurteilung führten.[56]

In den letzten Jahren haben Staatsanwälte, internationale Straflosigkeits- und Korruptionskommissionen und Journalisten im Nördlichen Dreieck einige der bekanntesten Korruptionsskandale, die jemals in der Region dokumentiert wurden, aufgedeckt. In Guatemala mussten der frühere Präsident und der Vizepräsident ihre Ämter niederlegen und stehen zur Zeit vor Gericht wegen einer immer größer werdenden Anzahl von Anklagen über Dienstvergehen (was sie abstreiten), die verschiedene Bereiche der Regierung und der Wirtschaft betreffen. In Honduras wird der Nationale Polizeiapparat gerade wieder gesäubert, was in der Entlassung von über 100 hochrangigen Polizeibeamten mündete, die der Korruption beschuldigt werden, nachdem Dokumente der Presse bekannt wurden, die aufdeckten, dass Polizeibeamte die Hinrichtungen eines prominenten Anti-Drogen Beamten und eines Staatsanwaltes durchgeführt und vertuscht hatten.[57] Im März 2016 wurde Berta Cáceres ermordet, eine der international am meisten anerkannten Verteidigerinnen von Umwelt- und Eingeborenenrechten in Honduras, die bereits unter Vorsichtsmaßnahmen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission stand. Es war ein sehr prominenter Fall, der nicht komplett untersucht wurde.[58]

Die Wirkungslosigkeit der Strafverfolgung und die Schwerfälligkeit der Justizsysteme im Nördlichen Dreieck machen es unrealistisch anzunehmen, dass ein Mensch, der glaubhafte Todesdrohungen erhalten hat, lange genug da bleiben würde, um darauf zu warten, ob Behörden die Anzeige nachverfolgen und untersuchen oder wenigstens wirksame Schutzmaßnahmen einleiten. Aber jenseits der Wahrnehmung von Vernachlässigung oder Unfähigkeit haben die Menschen im Nördlichen Dreieck allen Grund für die Befürchtung, dass dieselben Behörden, die sie schützen sollen, Komplizen des organisierten Verbrechens oder selbst Täter von Übergriffen sind.

Nachdem in El Salvador Sicherheitskräften mehr Macht gegeben wurde, um - wie die Behörden es nennen - einen „Krieg gegen die Banden“ zu führen, sind Hinweise auf zunehmende Menschenrechtsverletzungen aufgetaucht, unter anderem auch außergerichtliche Hinrichtungen, die von Mitgliedern der Polizei und des Militärs begangen wurden.[59] Bei einer Pressekonferenz im April 2016 sagte der Menschenrechtsbeauftragte David Morales, dass sein Büro herausgefunden habe, dass „Staatsvertreter“ 2015 in zwei unterschiedlichen Massakern außergerichtliche Hinrichtungen begangen hätten. Laut öffentlichen Aussagen untersucht sein Büro noch 30 weitere Fälle von möglichen außergerichtlichen Hinrichtungen, die mehr als 100 Menschen betreffen.[60]

In dieser Situation von Übergriffen durch Sicherheitskräfte ziehen viele Opfer von Verbrechen und Einschüchterung die Flucht vor, anstatt nach Schutz bei Sicherheitskräften und Justizsystem zu suchen. In den meisten Fällen, die Amnesty International untersucht hat, haben die Opfer keine Anzeige bei den Behörden eingereicht.

[55] J. Aguilar (Ed.), La situación de la seguridad y la justicia 2009-2014: Entre expectativas de cambio, mano dura militar y treguas pandilleras, 2014, p. xxviii, verfügbar unter www.uca.edu.sv/iudop/wp-content/uploads/libro_la_situaci%C3%B3n_de_la_seguridad.pdf

[56] Inter-American Commission on Human Rights, Violence, Children and Organized Crime, 11 November 2015, para. 399, verfügbar unter www.oas.org/en/iachr/reports/pdfs/ViolenceChildren2016.pdf

[57] Wilson Center, Comisión Especial para la Depuración y Transformación de la Policía Nacional, June 2016, p.13, verfügbar unter www.wilsoncenter.org/sites/default/files/presentacion_comision_especial_usa.pdf

[58] Amnesty International, Honduras: Deep failures in investigation into activist's killing put many at risk, 8 March 2016, verfügbar unter www.amnesty.org/en/latest/news/2016/03/honduras-deep-failures-in-investigation-into-activist-s-killing-put-many-at-risk/

[59] Procuraduría para la Defensa de los Derechos Humanos, Procurador emite resoluciones en torno a casos de presuntas privaciones arbitrarias de la vida por ejecución extralegal y uso desproporcionado de armas de fuego, 25 April 2016, verfügbar unter www.pddh.gob.sv/menupress/751-comunicado-30-2016

[60] Q. King, 'El Salvador Police Accused of Two Extrajudicial Massacres', in Insight Crime, 26 April 2016, verfügbar unter www.insightcrime.org/news-briefs/el-salvador-police-accused-of-two-extrajudicial-massacres

ANDRES *

IM ZUGE DES KRIEGES GEGEN DIE BANDEN WIRD EIN JUGENDLICHER VOM STAAT MISSBRAUCHT

> "Weil wir arm sind, hört uns niemand zu, auch wenn wir Anzeige erstatten"

Andres, 16 Jahre alt, von Sicherheitskräften missbraucht
El Salvador, 12. Mai 2016
© Amnesty International / Encarni Pindado

Andres, 16 Jahre alt, lebt mit seiner Familie auf dem Land außerhalb von San Salvador, wo er Mais anpflanzt und Holz verkauft. Eines Morgens im Mai 2016 wurde seine Mutter Claudia von ungefähr 10 Soldaten mit verhüllten Gesichtern außerhalb eines Geschäfts angesprochen und zwei Polizeibeamte fragten nach ihrem Namen, erzählte sie Amnesty International. Sie befahlen ihr dann, sie zu sich nach Hause zu führen. Claudia und Andres glauben, dass sie zu der neuen Spezialeinheit (FER) gehörten, die gebildet wurde um die Banden militärisch zu bekämpfen. Bei der Familie zu Hause wollten die Polizisten und Soldaten alle Söhne von Claudia sehen. Als Andres erschien, beschuldigten sie ihn, für die Banden Wache zu stehen und bei einer Schießerei beteiligt gewesen zu sein, die früher an diesem Tag stattgefunden hatte. Andres bestritt die Anschuldigungen und sagte, er habe den ganzen Morgen gearbeitet. Sie schlugen ihn und dann, ohne einen Haftbefehl zu zeigen, nahmen sie ihn zu Fuß mit und sagten, dass sie sich auf den Weg zur Polizeistation machten.

Die Soldaten und Beamte führten ihn in Handschellen und barfuß dem Fernsehteam vor, das über die Schießerei vom Morgen berichtete. Sie brachten ihn dann zu einem verlassenen Feld, wo sie mehrere Flaschen Wasser in seinen Mund und seine Nase schütteten, so dass er das Gefühl hatte, er würde ertrinken. Sie steckten seinen Kopf in eine Pfütze und stopften Sand in seinen Mund. Sie sprangen auf seinen Bauch, traten und schlugen ihn, wickelten eine Decke um seinen Hals, so dass er nicht atmen konnte und drohten damit, ihn umzubringen, wenn er nicht gestand und ihnen sagte, wo die Waffen und die Bandenmitglieder versteckt seien. Irgendwann am späten Nachmittag wurde Andres zur Polizeistation gebracht.

Währenddessen rief Claudia einen Anwalt einer lokalen Menschenrechtsorganisation an, der sie zur Polizeistation begleitete und Informationen zum Verbleib von Andres verlangte. Außerdem versuchte er, per Telefon mit einem vorgesetzten Beamten zu sprechen. Die Polizeibeamten ignorierten ihre Anrufe und schüchterten sie ein, damit sie aufhörten, nach Andres zu suchen. Erst nach einigen Stunden sagte die Polizei ihnen, dass er auf einer anderen Polizeistation festgehalten wurde, die eine Stunde weit weg war, in der er dann zwei Tage in Haft gehalten wurde.

Andres wurde dann in das salvadorianische Institut für Kinder und Jugendliche (ISNA) verlegt, die nationale Einrichtung für straffällige Kinder. Dort durften Claudia und der Anwalt ihn abholen. Drei Tage später reichten Andres und Claudia eine offizielle Anzeige im Büro des Menschenrechtsbeauftragten und des Generalstaatsanwalts ein. Der Anwalt der NGO arrangierte außerdem für Andres eine Untersuchung durch den Arzt einer Privatpraxis, der befand, dass er Anzeichen eines „multiplen Traumas seines Körpers", eine „Blutung der Bindehaut" in seinem Auge und Verletzungen an seinen Handgelenken und im Nacken aufwies. Der Arzt empfahl eine Behandlung auf Grund von posttraumatischem Stress.

Andres ist seitdem nicht mehr nach Hause zurückgekehrt. Er sagte, die Ermittler, mit denen er gesprochen hatte, empfahlen ihm, zu seiner Sicherheit nicht in seine Gemeinde zurückzukehren, boten ihm aber auch keine Schutz-Möglichkeit an. Claudia berichtete, Anrufe von Männern zu erhalten, die sich als Polizeivertreter vorstellen und versuchen, Informationen darüber zu erhalten, was sie laut Rechtsanwalt den Ermittlern erzählt hat. Amnesty International sprach mit Andres weniger als eine Woche nach dem Ereignis. Er lebte alleine, versteckt und getrennt von seiner Familie. Er traute sich nicht, nach draußen zu gehen. Er sagte „weil wir arm sind, hört uns nie jemand zu, auch wenn wir Anzeige erstatten." Die Familie hofft, bald wieder zusammen zu sein. Sie wollen dann das Land verlassen und Asyl in einem anderen Land beantragen. Bis zur Veröffentlichung dieses Berichts konnten sie jedoch noch nicht weggehen, weil sie noch darauf warten, in der Untersuchung gegen die Sicherheitsbeamten auszusagen. Es wird „schwierig den Ort zu verlassen, wo man gelebt hat, geboren wurde und aufgewachsen ist", sagte Claudia zu Amnesty International im Mai. „Aber ich will wieder mit [Andres] zusammen sein, weil diese Trennung sehr schwer für uns ist… Viele Leute gehen jetzt weg… Ich habe das Gefühl, es gibt hier keine Zukunft."

* Alle Namen geändert, um die Identitäten zu schützen. Interview in San Salvador, El Salvador, Mai 2016.

YOMARA *

WENN EINE MORDANZEIGE ZUM TODESURTEIL WIRD

> “Wenn ich hierbleibe, werden sie mich töten. Selbst wenn die Reise sehr gefährlich ist, ist das das Gleiche.“

Yomara, 30 Jahre alt, erhielt Todesdrohungen, nachdem sie einen Mord beobachtet hatte, den Bandenmitglieder in Honduras begangen hatten. 7. Juli 2016

© Amnesty International / Encarni Pindado

Als Amnesty International Yomara, 30 Jahare alt, zum ersten Mal traf, schlief sie jede Nacht in einem anderen Haus in Tegucigalpa, Honduras. Sie vermisste schmerzlich ihre vier Kinder, die sie in Obhut ihrer Mutter zurückgelassen hatte. Yomaras Leben geriet im Juli 2013 aus den Fugen. Sie wurde Augenzeugin eines Vorfalls, bei dem ein Junge von ortsansässigen Bandenmitgliedern auf einer Straße in ihrer Nachbarschaft zu Tode geprügelt wurde. Zuerst sagte sie nichts, aber ihre Entrüstung darüber, dass 10 Monate nach der Tat niemand festgenommen wurde, führte zu ihrer Kooperation mit den Ermittlern in einem Zeugenschutzprogramm.

In derselben Woche im Mai 2014, in der zwei Männer für die Tat in einem anderen Fall angeklagt und inhaftiert wurden, wurde ihr 16-jähriger Bruder entführt, während er Fahrgeld in einem der Busse kassierte, die als „rapiditos“ (die Schnellen) bekannt sind. Er wurde später erschossen aufgefunden. Als die Untersuchungen zu seinem Tod nicht voranschritten, entschied Yomara, dass sie selbst nachforschen wollte. Nach Monaten von hartnäckigen und gefährlichen Ermittlungen, sagte Yomara, dass sie wisse, wer für den Mord an ihrem Bruder verantwortlich sei. Sie hatte den Auftragsmörder identifiziert, der den Mord begangen hatte, wusste den Preis für den Kopf ihres Bruders (2.000 Lempiras oder ungefähr 90 US Dollar) und kannte das mögliche Motiv: Ihr Bruder wurde (fälschlicherweise, vermutet sie) verdächtigt, das Erpressungsgeld der Buslinie gestohlen zu haben, das an die Banden gezahlt werden musste. Sie ging mit diesen Informationen nicht zu den Behörden, weil sie Angst hatte.

Trotzdem half Yomara weiter bei der Ermittlung zur Ermordung des Jungen und hoffte, dass ihr Status als geschützte Zeugin sie schützen würde. Obwohl sie mitbekam, dass der Anwalt der Verteidigung in der Nachbarschaft nach der geschützten Zeugin fragte, sagte sie im Januar 2016 gegen die Männer aus, die schlussendlich verurteilt wurden. Kurz danach begannen Belästigungen auf der Straße. Menschen zischten im Vorbeigehen „Petze“ und drohten, sie umzubringen. Eines Nachts im Mai 2016 warfen Unbekannte mitten in der Nacht eine Brandbombe an ihr Haus, erzählte sie Amnesty International. Yomara erstattete wegen keiner dieser Vorfälle eine Anzeige. Sie suchte Hilfe bei der örtlichen Nichtregierungsorganisation, die Staatsanwälte bei strafrechtlichen Ermittlungen unterstützen und die ihre Mitarbeit als Zeugin organisiert hatten. Sie sagte, dass die Organisation ihr eine kleine Summe Geld angeboten und ihr gesagt hatte, Tegucigalpa zu ihrer eigenen Sicherheit zu verlassen, und dass sie nicht mehr für sie tun könnten, weil der Fall nach den Verurteilungen gelöst und geschlossen sei.

Yomara war enttäuscht als geschützte Zeugin in einer Ermittlung, von der sie sagte, dass „es sich nicht lohnt. In Honduras gibt es für arme Menschen kein Gesetz… Die einzige Arbeit, die die Regierung macht, ist es, Leichen einzusammeln und sie ihren Familien zu übergeben, mehr nicht. Ein weiterer Fall erledigt. Ein weiterer Fall von Straflosigkeit.“ Sie sagte Amnesty International, dass sie plane, in drei Tagen in die USA zu gehen und dort Asyl zu beantragen, obwohl sie wusste, dass die Reise gefährlich und unsicher sei. „Ich kann nirgendwo hingehen. Ich habe keine Stabilität… wenn ich hierbleibe, werden sie mich umbringen, also auch wenn die Reise sehr gefährlich ist, das ist quasi dasselbe, weil ich in Honduras auch nicht sicher bin.“

Zehn Tage später traf Amnesty International Yomara in einer Unterkunft für Migranten in Mexiko. Sie hatte Honduras überstürzt einen Tag früher als geplant verlassen und in unerwarteter Begleitung ihres erwachsenen Neffen, der sich selbst in großer Gefahr befand, weil Banden versucht hatten, ihn zu rekrutieren. Nachdem sie fast all ihr Geld für Schmiergeld in Guatemala ausgegeben hatte, beschloss sie, den Schaden zu begrenzen, kürzte ihre Reise ab und ließ ihren „Amerikanischen Traum“ platzen. Sie beantragte Asyl in Mexiko. Sie wartet im Moment auf eine Entscheidung über ihren Asylantrag.

* Namen geändert, um die Identität zu schützen. Interviews in Tegucigalpa, Honduras, und Tapachula, Mexiko, Juli 2016.

Die meisten Fälle, die von Amnesty International dokumentiert wurden, beinhalten irgendeine Form von interner Vertreibung innerhalb des Heimatlandes, bevor die Menschen beschließen auszuwandern. Dies ist ein klares Anzeichen einer erzwungenen Migration. Viele lokale und internationale zivilgesellschaftliche Gruppen dokumentieren immens angestiegene interne Vertreibungen in den Ländern des Nördlichen Dreiecks. Diese Vertreibungen geschehen auf Grund von Gewalt, aber nur die Regierung von Honduras hat offiziell diesen Zusammenhang anerkannt. Ende 2013 richtete Honduras eine besondere Kommission ein, um Regelungen zu untersuchen und zu fördern und dieses Problem anzugehen. Dies mündete in der Veröffentlichung eines Berichts im Jahr 2015.[63] Die Kommission ist jedoch nicht komplett handlungsfähig, weil es keine Regelungen und kein Budget für sie gibt, berichteten honduranische Behörden Amnesty International.

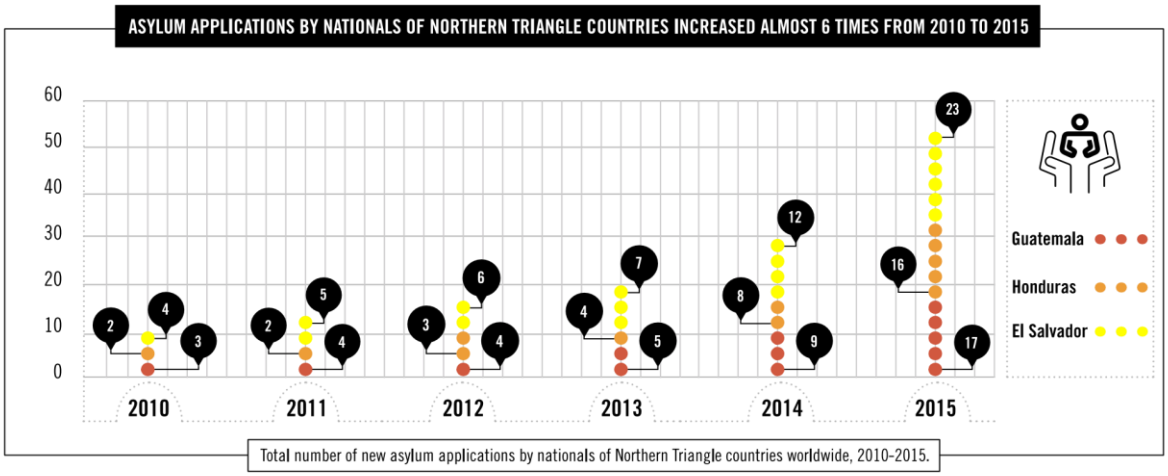
2.7 RENNEN UM IHR LEBEN: ERZWUNGENE MIGRATION IN EINEM NEUEN ZEITALTER

In diesem Kontext von zügelloser Gewalt und Angst ist es nicht schwierig sich vorzustellen, warum Menschen sich dafür entscheiden, aus ihrem Ursprungsland zu fliehen. Die Welle von Asylanträgen von Menschen aus Honduras, Guatemala und El Salvador - auf Ausmaße, wie sie seit dem Zeitalter der bewaffneten Konflikte in der Region nicht mehr gesehen wurden - läßt die große Zahl der Menschen ermessen, die aus den Ländern des Nördlichen Dreiecks fliehen und nach Schutz suchen.

Die Zahl der Flüchtlinge und Asylsuchenden aus El Salvador, Guatemala und Honduras, die neue Anträge einreichten, erhöhte sich von 8.052 Personen im Jahr 2010 auf 56.097 Personen im Jahr 2015, ein Anstieg um 597 % im Laufe von 5 Jahren.[64]

Von den Asylsuchenden, die 2015 neue Anträge einreichten, kam die Mehrzahl (22,917 Fälle) aus El Salvador, dem kleinsten der drei Länder mit ungefähr sechs Millionen Einwohnern.[65] Die Zahlen, eine Zunahme von 96 % seit dem vorangegangenen Jahr, zeigten das Ausmaß der Krise, die durch den Bruch des Waffenstillstands bewirkt wurde. 16.473 Anträge kamen von Honduranern, ein 106 %iger Anstieg seit 2014. 16.707 Guatemalteken beantragten Asyl, ein Anstieg von 81 %. Während die Mehrzahl dieser Anträge in den USA eingereicht wurde, berichtete die UNHCR von einem zehnfachen Anstieg der Anträge in Belize, einem 65 %igen Anstieg in Mexiko, einem 16 %igen Anstieg in Costa Rica (ein 176 %iger Anstieg seit 2013) , wie auch von signifikanten Zunahmen in Panama und Nicaragua. Der Zustrom aufgrund sozialen Unbehagens legt nahe, dass, wenn auch die Verlockung des „amerikanischen Traums“ noch lebendig ist, die elementaren Bedürfnisse für das Überleben die Bürger des nördlichen Dreiecks dazu führt, Zuflucht zu suchen, wo immer sie sie finden.[66]

Neuere Untersuchungen und Umfragen bei Menschen aus dem Nördlichen Dreieck, die in andere Länder ausgewandert sind, scheinen den Zusammenhang zwischen zunehmender Gewalt und neuen Gemeinschaften von Menschen im Aufbruch zu bestätigen. Eine Untersuchung der Vanderbilt-Universität aus dem Jahr 2014 fand einen signifikanten Zusammenhang zwischen dem direkten Erleben eines Verbrechens und den Absichten auszuwandern.[67]



[63] Comisión Interinstitucional para la Protección de las Personas Desplazadas por la Violencia, Caracterización del desplazamiento interno en Honduras, November 2015, verfügbar unter www.acnur.org/fileadmin/scripts/doc.php?file=fileadmin/Documentos/BDL/2015/10242

[64] UNHCR, Population Statistics, Asylum-Seekers, verfügbar unter http://popstats.unhcr.org/en/asylum_seekers

[65] UNHCR, Population Statistics, Asylum-Seekers.

[66] UNHCR, UNHCR calls for urgent action as Central America asylum claims soar, 5 April 2016, verfügbar unter www.unhcr.org/news/latest/2016/4/5703ab396/unhcr-calls-urgent-action-central-america-asylum-claims-soar.html

[67] J. Hiskey et al, “Violence and Migration in Central America”, in Americas Barometer Insights: 2014, no. 101, verfügbar unter www.vanderbilt.edu/lapop/insights/IO901en.pdf

In einer Mitteilung vom April 2016 bezeichnete der UNHCR die derzeitige Situation im Nördlichen Dreieck als eine Schutz-Krise: "Wir sind insbesondere besorgt über die zunehmende Zahl von unbegleiteten Kindern und Frauen auf der Flucht, die einer erzwungenen Rekrutierung in kriminellen Banden, sexueller und gender-basierter Gewalt und Ermordung gegenüber stehen".[68]

Der UNHCR weist die Staaten darauf hin, dass Asylsuchende aus El Salvador und Honduras in bestimmte "Risikoprofile" fallen: Es sind Personen, die von einer Bande wahrgenommen werden als solche, die ihren Regeln zuwiderhandeln oder sich ihrer Autorität widersetzen; Personen in Berufen oder Positionen, die für Erpressung anfällig sind; Opfer und Zeugen von Verbrechen, die von Banden oder Mitgliedern der Sicherheitskräfte begangen wurden; Kinder und Jugendliche aus Gebieten, in denen Banden operieren; Frauen und Mädchen aus Gebieten, in denen Banden operieren; und LGBTI-Leute. Der UNHCR ist der Ansicht, dass alle diese Gruppen des internationalen Schutzes unter der Flüchtlingskonvention von 1951 bedürfen.[69]

2.8 MINIMIEREN DER BEDEUTUNG VON GEWALT ALS DRUCKFAKTOR

Die fehlende Anerkennung von Vertreibung im Inland ist nicht überraschend, wenn man das im weiteren Kontext sieht, dass einige dieser zentralamerikanischen Regierungen darauf beharren, die Bedeutung von Gewalt als Druckfaktor für die Migration zu minimieren. Stattdessen bestehen sie lieber darauf, dass - wie in früheren Dekaden - die meisten Menschen das Land verlassen auf der Suche nach besseren wirtschaftlichen Möglichkeiten oder um sich wieder mit Familienangehörigen zu vereinigen, die schon früher emigriert sind. Im Verlauf von beinahe einem Dutzend Treffen mit unterschiedlichen Regierungsbeamten der drei Länder wollte keiner gegenüber Amnesty International zugeben, dass es die Gewalt oder Unsicherheit ist, die die Zunahme der Migration und der Asylanträge antreiben. Obgleich es unmöglich ist, endgültig zu beweisen, dass Gewalt der Hauptgrund ist, warum Menschen ihr Land verlassen, haben die Ermittlungen von Amnesty International erkannt, dass Gewalt zunehmend als motivierender Faktor bei der erzwungenen Migration von Zehntausenden der Menschen in diesen Ländern identifiziert wurde.

Was Regierungsbeamte und die kurzen Fragen bei Erhebungen, die Migranten gestellt werden, außerdem oft außer Acht lassen, ist die Multikausalität der Migration und der inhärente Zusammenhang zwischen den Antriebsfaktoren. Die Unfähigkeit, wirtschaftliche Anforderungen zum Beispiel aufgrund von Erpressung zu erfüllen, kann zu direkter Gewalt führen. Menschen, mit denen Amnesty International sprach, wie beispielsweise die 19-jährige Salvadorianerin Yolanda* (s. oben) und andere, deren Geschichten in diesem Bericht enthalten sind, haben dies bestätigt. Yolanda möche die Zusammenführung mit ihrer Mutter in den Vereinigten Staaten, nicht aus dem Wunsch heraus wieder mit ihr zu leben, sondern weil sie um ihr Leben fürchtet, nachdem sie Zeugin eines Mordes geworden war. Yomara (s. oben) kann es sich nicht leisten, ihre vier Kinder zu unterstützen, wenn sie ohne Arbeitsstelle in eine andere Stadt zieht, aber sie fühlt sich genötigt, Tegucigalpa zu verlassen, weil sie Angst davor hat, von Bandenmitgliedern getötet zu werden, nachdem sie als geschützte Zeugin in einem Mordfall ausgesagt hatte. Bedingungen, die isoliert betrachtet als "wirtschaftliche Gründe" für Migration gelten, haben oft ihre Wurzel in gezielter Gewalt, denen viele in Guatemala, El Salvador und Honduras ausgesetzt sind, oder sind sogar direkt durch diese gezielte Gewalt verursacht.

In Honduras hat Präsident Juan Orlando Hernández erklärt, dass er daran arbeitet, das Land sicherer zu machen.[70] Die Rhetorik von allen Ministerien ist jedoch klar: Nachdem die Mordzahlen abgenommen haben, ist Gewalt nicht mehr der erste Grund für die Menschen, das Land zu verlassen. Mordziffern sind jedoch ein unvollständiger Indikator für die Sicherheit in Zusammenhängen, in denen Gewalt sich in vielen verschiedenen Formen ausdrücken kann. In diesem Milieu ist die Unfähigkeit, eine Erpressungsforderung erfüllen zu können, oder die Bedrohung, sein Kind zur kriminellen oder sexuellen Ausbeutung oder zum Missbrauch an die Banden zu verlieren, ein ebenso zwingender Grund zur Flucht. Und während erzwungene Fluchtbewegungen im Inland zwar vorherrschend sind, so dienen sie vielleicht nur als Vorläufer einer erzwungenen Emigration, weil die Umsiedlung im eigenen Land nicht immer eine gangbare Alternative ist in Ländern, die geographisch gesehen klein und von organisierten Banden durchdrungen sind.

Die fünf Provinzen mit den höchsten Mordraten in Honduras im Jahr 2015 waren Cortés, Atlántida Yoro, Francisco Morazán und Colón.[71] Vier von diesen waren auch unter den Top-Fünf der Heimatprovinzen von abgeschobenen Honduranern[72], was auf eine Überlappung zwischen denjenigen, die aus dem Land fliehen, und denjenigen, die in besonders gewaltätigen Gebieten leben, hindeutet.

---

[68] UNHCR, UNHCR calls for urgent action as Central America asylum claims soar, 5 April 2016, verfügbar unter www.unhcr.org/news/latest/2016/4/5703ab396/unhcr-calls-urgent-action-central-america-asylum-claims-soar.html

[69] UNHCR, UNHCR Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Asylum-Seekers from El Salvador, 15 March 2016, verfügbar unter www.refworld.org/docid/56e706e94.html , und UNHCR, Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Asylum-Seekers from Honduras, 27 July 2016, verfügbar unter www.refworld.org/docid/579767434.html

[70] Proceso Digital, Hernández lamenta que algunos hondureños se empeñen a denigrar a su país, 14 July 2016, verfügbar unter http://proceso.hn/actualidad/item/127854-hernandez-lamenta-que-algunos-hondurenos-se-empenen-en-denigrar-al-pais-en-eeuu.html

[71] Instituto Universitario en Democracia, Paz y Seguridad, Boletín Anual No. 40 sobre Mortalidad y Otros, p. 4.

[72] Centro Nacional de Información del Sector Social, Mapa de migrantes de Honduras por departamento, 2015, verfügbar unter http://ceniss.gob.hn/mapamigranteshondurasdepartamento.html

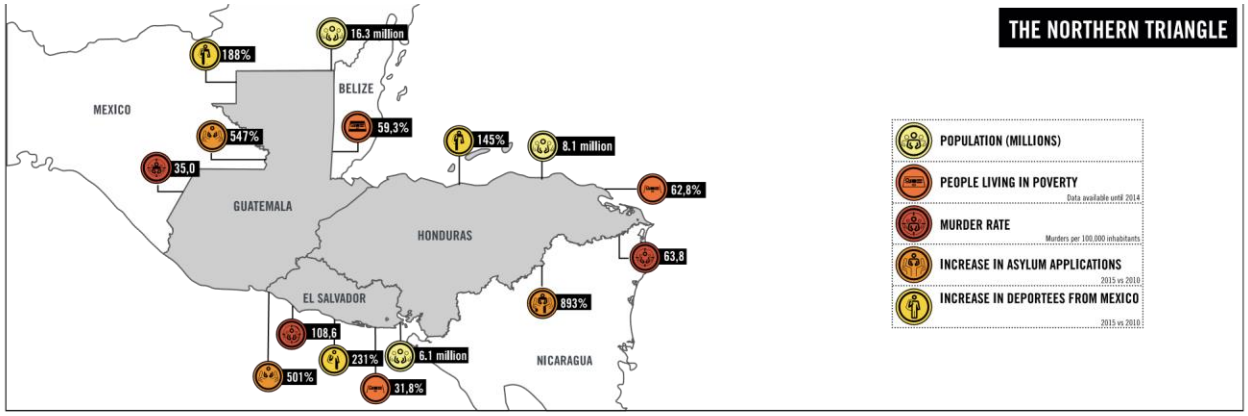
Armut, fehlende Arbeitsplätze und getrennte Familien sind nicht neu in El Salvador. Der Titel “gefährlichstes Land der Welt” ist es.

In El Salvador ist die Weigerung, Gewalt als Antrieb zu sehen, umso überraschender, als die Regierung wiederholt erklärte, dass der Anstieg der Gewaltkriminalität die größte Bedrohung ist, der das Land seit Jahrzehnten ausgesetzt war. Sie hat neue gesetzliche, militärische und polizeiliche Rahmenbedingungen geschaffen, um die Bedrohung in den Griff zu bekommen. Armut, Mangel an Arbeitsplätzen und getrennte Familien sind kein neues Phänomen in El Salvador. Neu ist, dass es die höchste Mordrate pro Kopf außerhalb von Kriegszonen hat, nämlich 108 pro 100,000 Einwohnern. Der steile Anstieg von Migration und Asylanträgen ist direkt mit dieser Gewalt verknüpft. Die salvadorianische Regierung hat sich geweigert, eine solche Verknüpfung herzustellen, stattdessen drückt sie sich doppelbödig aus, wenn sie sich zu den Sicherheitsbedrohungen äußert, denen das Land vorgeblich gegenübersteht.

Gemäß einer akademischen Studie der Salvadoran Universidad Technologica (UTEC), bei der 747 salvadorianische Erwachsene befragt wurden, die ins Ausland emigriert und dann abgeschoben worden waren, war der Hauptfaktor für die Migration direkt verbunden mit Unsicherheit und Gewalt, wobei 42 % aussagten, sie seien wegen Drohungen, Verbrechen, Gefahr und Erpressung geflohen. Dies war fast das Doppelte des zweitgrößten Motivationsgrundes, nämlich wirtschaftliche Faktoren, wobei 22,9 % sagten, sie seien wegen des Mangels an Arbeitsplätzen, fehlenden Chancen und niedrigen Einkommen weggegangen.[73]

Trotz des unzweifelhaften Zusammenbruchs der öffentlichen Sicherheit und des dokumentierten Anstiegs der Gewalt, sagten Beamte von mehreren Migrationsinstitutionen der Regierung gegenüber Amnesty International, dass der Anstieg der Asylanträge nur das Produkt von schlauen "Schleppern" [„coyotes“] war, die genau wüssten, wie sie ihre Klienten instruieren und das System manipulieren könnten. Ein Beamter des Außenministeriums sagte Amnesty International, dass oft diejenigen, die behaupten wegen der Gewalt weggegangen zu sein, als Grund eher Kollektivängste angeben als Opfer eines konkreten Verbrechens gewesen zu sein. "Etwas passiert deinem Nachbarn", nennt der Beamte als Beispiel, "Du hast ein Geschäft und irgend etwas passiert in der Nähe. Du wirst ängstlich ... aber nicht notwendigerweise, weil dir etwas passiert ist ... Vielleicht hast du Angst, dass dein Sohn von den Banden rekrutiert werden könnte oder bist besorgt, dass dir etwas passieren könnte, weil du ein Geschäft hast und es viele Banden dort gibt. Aber tatsächlich ist kein Verbrechen passiert."

Die Antwort eines Direktors einer lokalen Bürgerorganisation auf diese Begründung war: "... so hat die Regierung einen Krieg erklärt, aber einen Krieg ohne Opfer?" Sicherheit, nicht Semantik steht auf dem Spiel. Die öffentliche Anerkennung, auf der höchsten Regierungsebene, des durch Gewalt ausgelösten Auszugs der Salvadorianer ist nötig, um die Prioritäten in der staatlichen Politik und die Resourcen, die zur Konfrontation der Krise erforderlich sind, zu garantieren. Im "Aufruf zum Handeln: Schutzbedürfnisse im Nördlichen Dreieck von Zentralamerika. San Jose Aktionserklärung" vom Juli 2016, der nach dem vom UNHCR einberufenen Gipfel zwischen den Ländern der Region veröffentlicht worden war, ist El Salvador das einzige Land des Nördlichen Dreiecks, das nicht versprach, konkrete zusätzliche Verpflichtungen zu erfüllen.[74]



[73] E. Ramos, Desplazamiento interno forzado y su relación con la migración internacional, 2016, pp. 29-30, verfügbar unter www.utec.edu.sv/media/publicaciones/flips/coleccionInvestigaciones/2016/desplazamiento_interno_forzado/index.html

[74] UNHCR, San Jose Action Statement, verfügbaar unter http://acnur.org/t3/fileadmin/scripts/doc.php?file=t3/fileadmin/Documentos/BDL/2016/10693#_ga=1.24074528.217693451.1465938386

3.“UNSERE VERANTWORTUNG ENDET AN DIESER TÜR”[75]

3.1 ERZWUNGENE RÜCKKEHR: DIE ZUNAHME VON ABSCHIEBUNGEN UND EINE NEUE REALITÄT

Der Unwille der Regierungen des Nördlichen Dreiecks anzuerkennen, wie sehr Gewalt die Migration verändert, hat ernsthafte Auswirkungen auf etwas, das immer mehr Bestandteil der Reise von Migranten ist: Die erzwungene Rückkehr.

Abschiebungen im Nördlichen Dreieck gibt es schon so lange, wie es Migration in der Region gibt. Die veränderten politischen Methoden bezüglich der Immigration in die USA und Mexiko haben jedoch gravierende Auswirkungen auf die Herkunftsländer. Die Daten zeigen, dass das Phänomen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen schon viele Jahre vor der Krise begann, die sich im Sommer 2014 an der südlichen Grenze der USA offenbarte. Aber diese Vorfälle, bei denen US Grenzkontrollen im Geschäftsjahr 2014 (Oktober 2013 bis September 2014) 68.541 unbegleitete Kinder an der Grenze der USA und Mexiko festnahmen, veränderte die Einstellung der Region zur Migration dramatisch.[76]

Die danach folgenden Änderungen der Immigrationsvorschriften und öffentliche Kampagnen in den USA und Mexiko resultierten in einem Rückgang der Zahlen von Aufgegriffenen in den USA Ende 2014 und Anfang 2015 (für das Geschäftsjahr 2015 halbierten sich die Zahlen der aufgegriffenen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen auf 39.970). 2016 jedoch wurde klar, dass diese Zahlen nur eine kurzfristige Flaute darstellten und keine langfristige Veränderung. Im August 2016 wurden 54.052 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge an der südwestlichen Grenze aufgegriffen, eine Steigerung um 52 % im Vergleich zum Jahr davor.[77] Der Anstieg wurde umso deutlicher bei Familienverbänden, von denen 68.080 aufgegriffen wurden, 97 % mehr als im selben Zeitraum im Jahr 2015.[78] Von diesen 68.080 war die Mehrheit aus El Salvador (23.897), gefolgt von Guatemala (20.070), Honduras (17.608) und Mexiko (3.145). Von den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen waren die meisten aus Guatemala (17.113), gefolgt von El Salvador (15.987), Mexiko (10.854) und Honduras (9.305). Als Anmerkung: Guatemala hat eine Einwohnerzahl von ungefähr 16.3 Millionen Menschen, verglichen mit 6.1 Millionen in El Salvador (Die Einwohnerzahl von Honduras beträgt ungefähr 8 Millionen). 2010, vor der Krise, wurden 18.411 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufgegriffen.

---

[75] Kommentar eines Einwanderungsbeamten im Abschiebungszentrum in Tecún Umán, Guatemala, gegenüber Amnesty International am 18. April 2016

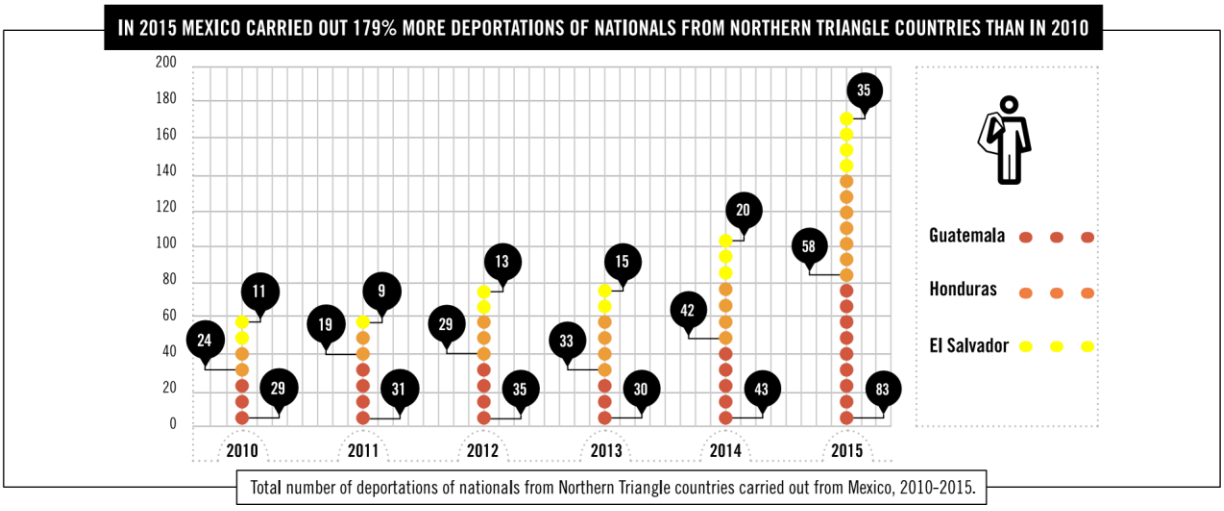
[76] US Customs and Border Protection, Southwest Border Unaccompanied Alien Children FY 2014, verfügbar unter www.cbp.gov/newsroom/stats/southwest-border-unaccompanied-children/fy-2014

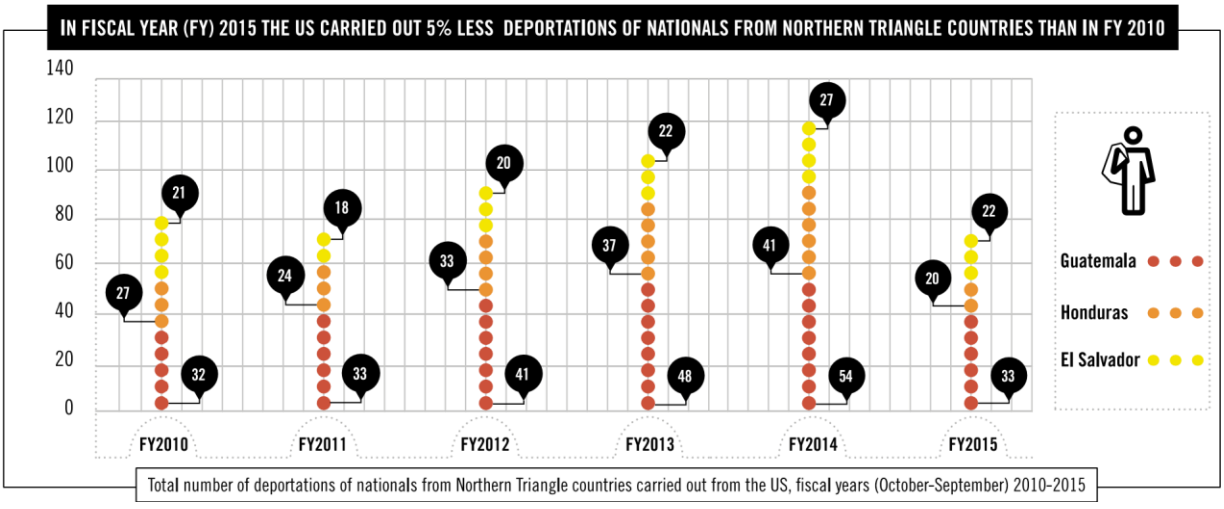
[77] US Customs and Border Protection, United States Border Patrol Southwest Family Unit Subject and Unaccompanied Alien Children Apprehensions Fiscal Year 2016, verfügbar unter www.cbp.gov/newsroom/stats/southwest-border-unaccompanied-children/fy-2016

[78] US Customs and Border Protection, United States Border Patrol Southwest Family Unit Subject and Unaccompanied Alien Children Apprehensions Fiscal Year 2016.

Das Land, das die meisten ZentralamerikanerInnen abschiebt, ist nicht mehr die USA, sondern Mexiko

Die schwankende Zahl von Aufgriffen in den USA reflektiert aber nicht die dramatischste Veränderung der Migration in der Region: Es sind die Zehntausenden MigrantInnen, die zunehmend schon von Mexiko aus abgeschoben werden, bevor sie die Grenze zur USA überhaupt erreichen können. Dies ist Teil des neu eingeführten Plans für die südliche Grenze („Southern Border Plan“).[79]





[79] A. Isacson et al, “Increased Enforcement at Mexico’s Southern Border: An Update on Security, Migration and US Assistance”, in Washington Office on Latin America, November 2015, verfügbar unter www.wola.org/files/WOLA_Increased_Enforcement_at_Mexico's_Southern_Border_Nov2015.pdf

Im Jahr 2015 beantragten 3.137 BürgerInnen der Länder aus dem Nördlichen Dreieck Asyl in Mexiko. Im Jahr 2014 waren es noch 1.238 Menschen, was bedeutet, dass sich mehr Menschen aus der Region dazu entscheiden, in Mexiko zu bleiben.[80] Es ist wichtig zur Kenntnis zu nehmen, dass trotz der Tatsache, dass das UN Flüchtlingskomitee und viele andere Organisationen der Zivilgesellschaft gefordert haben, schnellstmöglich für die Menschen aktiv zu werden, die vor der Gewalt im Nördlichen Dreieck fliehen,[81] die Untersuchung der möglichen Asylgründe durch die Regierungen von Mexiko und den USA nicht angemessen ist. In den USA kann der Einsatz von beschleunigten Abschiebeverfahren von Grenzbehörden ohne angemessene Ausbildung und Anleitung dazu führen, dass im Endeffekt Sammelabschiebungen von Personen durchgeführt werden, die möglicherweise einen Schutzanspruch gehabt hätten. In Mexiko werden regelmäßig Personen aus Zentralamerika abgeschoben, ohne dass sie vorher angemessen über ihre Rechte auf internationalem Schutz informiert wurden: Weniger als 1 % der Menschen aus Zentralamerika beantragen formal Asyl[82] und das Flüchtlingskomitee gewährte 40 % der AntragstellerInnen Asyl, die den Antragsprozess 2015 beendet hatten. In den ersten vier Monaten des Jahres 2016 stieg diese Zahl auf 53 % an.[83]

> **Die Politik der USA und Mexiko ist theoretisch darauf ausgerichtet, Menschen zu schützen, die Sicherheit suchen, aber in der Praxis kann sie als Schnellmaßnahme für die Ergreifung und Abschiebung von Ausländern dienen, die ins Land kommen. Beide Länder halten ihre internationalen Verpflichtungen gegenüber den Menschen nicht ein, die möglicherweise ein Recht auf internationalen Schutz haben.**

Insbesondere die mexikanische Regierung hält sich nicht an ihre eigenen nationalen Gesetze. Diese orientieren sich an regionalen Standards, wie der Deklaration von Cartagena aus dem Jahr 1984, ein internationales Instrument, das allgemein von Organisationen wie dem UNHCR anerkannt ist. Diese Erklärung fordert den Asylstatus für die Personen, die vor der allgemeinen Gewalt in ihren Ländern fliehen, so wie die Menschen aus dem Nördlichen Dreieck.[84] Wie schon gesagt, wird das Versagen Mexikos, Asylsuchende aus dem Nördlichen Dreieck zu schützen, Teil einer zukünftigen Untersuchung von Amnesty International sein.

Der Anstieg von Abschiebungen zeigt klar, dass sich in den letzten Jahren die Länder des Nördlichen Dreiecks, die sowieso schon eine Menge anderer Probleme haben, nun noch mit der Ankunft von Abgeschobenen in bisher nie gekannten Ausmaßen auseinandersetzen müssen Viele von ihnen mit einem akuten Schutzbedürfnis. Zwischen 2010 und 2015 stieg die Anzahl von Abgeschobenen von Mexiko nach El Salvador um 231 %, nach Guatemala um 188 % und nach Honduras um 145 %.[85]

[80] UNHCR, Population Statistics, Asylum-Seekers.

[81] UNHCR, UNHCR calls for urgent action as Central America asylum claims soar, 5 April 2016, verfügbar unter www.unhcr.org/news/latest/2016/4/5703ab396/unhcr-calls-urgent-action-central-america-asylum-claims-soar.html

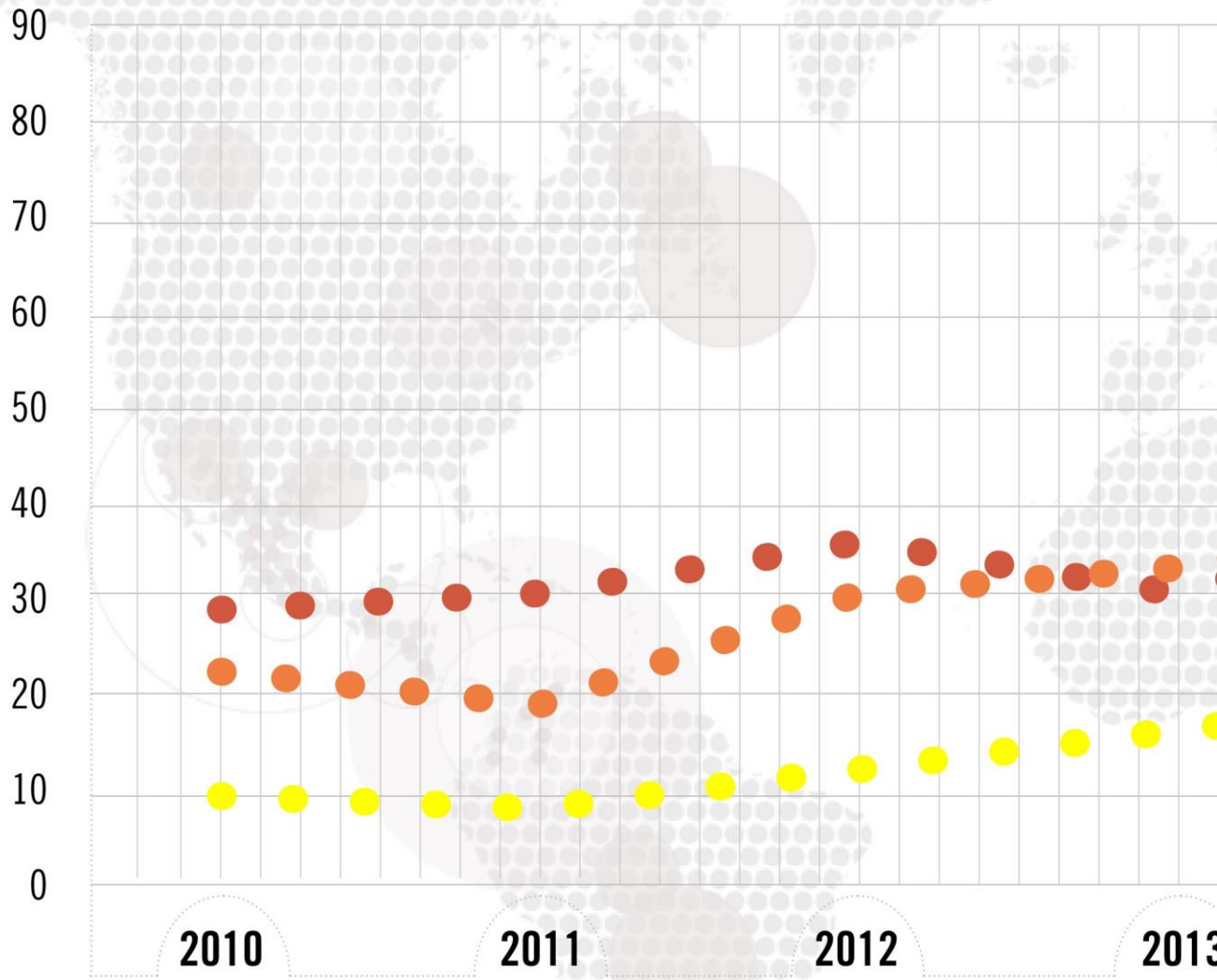
[82] UNHCR, Mexico, Ficha de Datos, July 2016, verfügbar unter www.acnur.org/t3/fileadmin/Documentos/RefugiadosAmericas/Mexico/Mexico_hoja_informativa_Julio_2016_ESP.pdf?view=1

[83] Comisión Mexicana de Ayuda a Refugiados, Estadísticas 2013-2016, verfügbar unter www.comar.gob.mx/work/models/COMAR/Resource/267/6/images/ESTADISTICAS_2013_A_04-2016_act.pdf

[84] See for example: UNHCR, Reunión de expertos: Interpretación de la definición ampliada de refugiado contenida en la Declaración de Cartagena sobre Refugiados de 1984, 15-16 October 2016, verfügbar unter www.acnur.org/t3/fileadmin/Documentos/BDL/2014/9651.pdf?view=1

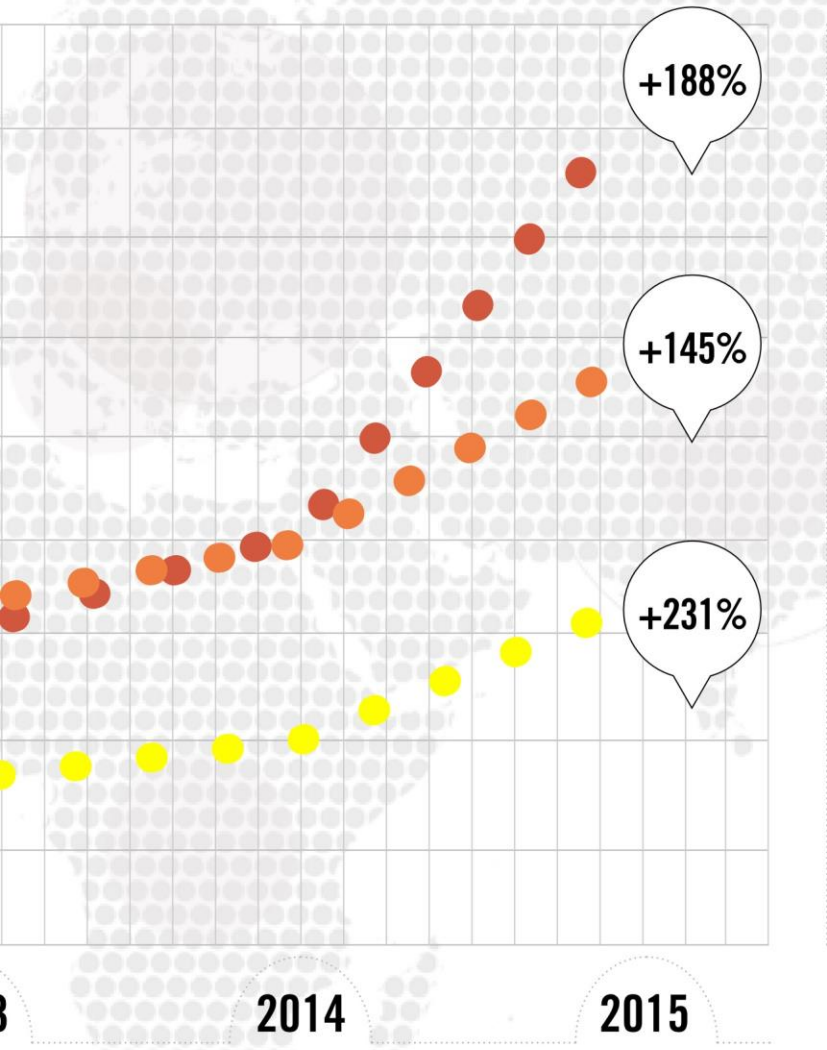
[85] Secretaría de Gobernación, Unidad de Política Migratoria, Boletines Estadísticos, US Department of Homeland Security, Yearbook of Immigration Statistics, verfügbar unter www.dhs.gov/yearbook-immigration-statistics , und US Immigration and Customs Enforcement, FY 2015 ICE Immigration Removals, verfügbar unter www.ice.gov/removal-statistics

FROM 2010 TO 2015 DEPORTATIONS FROM MEXICO TO NORTH



Total number of deportations of nationals from Northern Triangle countries carried out
to each Northern Triangle country from 2010 to 2015.

IERN TRIANGLE COUNTRIES INCREASED CONSIDERABLY



Guatemala

Honduras

El Salvador

t from Mexico, 2010-2015. Percentages show the increase in deportations from Mexico

Den Regierungen von Guatemala, Honduras und El Salvador muss man zugute halten, dass sie nach anfänglichem Durcheinander daran gearbeitet haben, neue gesetzliche und politische Vorgaben zu entwickeln und neue Institutionen zu etablieren, um sich mit der ansteigenden Zahl von Abgeschobenen zu befassen. Dies zeigt die steigende Nachfrage nach Leistungen für Abgeschobene, dem sich das Nördliche Dreieck gegenübersieht, insbesondere Leistungen für Frauen und Kinder sind gefragt. Zum Beispiel waren 2015 38 % der Abgeschobenen aus Mexiko Frauen und Kinder, im Gegensatz zu 18 % im Jahr 2010.[86]

In Honduras wurde 2014 das Schutzgesetz für honduranische Migranten und ihre Familien[87] verabschiedet, mit dem Ziel, HonduranerInnen außerhalb ihres Landes besser zu unterstützen und zu schützen. Dazu gehörten konsularische Dienste (nach einem öffentlichen Aufschrei über die schlechte Behandlung von HonduranerInnen werden die Konsulate nun mit Videokameras ausgestattet, die einen Livefeed an das Außenministerium in Tegucigalpa senden) und die Bildung eines Nationalen Rates für den Schutz von Migranten aus Honduras (El Consejo Nacional para la Protección al Hondureño Migrante, CONAPROHM). Der Rat, der sich aus mehreren Vertretern von wichtigen Ministerien zusammensetzt, sollte die Probleme rund um Migration untersuchen und politische Maßnahmen dazu vorschlagen. Außerdem wurde der Solidaritätsfond für Migranten aus Honduras eingerichtet (Fondo de Solidaridad con el Migrante Hondureño, FOSMIH) und mit einem Budget von 5 Millionen US-Dollar ausgestattet, um die Kosten für HonduranerInnen außerhalb des Landes abzudecken, die „Unglücke" erlitten haben und „rückgeführt" werden müssen. Dies schließt auch Verstorbene ein, deren Familien es sich nicht leisten können, ihre sterblichen Überreste ins Land zu überführen.

De Regierung richtete außerdem eine Interinstitutionelle Kommission für den Schutz von Menschen ein, die Gewalt vertrieben hat (Comisión Interinstitucional para la Protección de Personas Desplazadas por la Violencia), und setzte eine Webseite mit detaillierten, öffentlich verfügbaren Statistiken und Informationen zur Migration auf.[88] Schließlich wurde die ehemalige Zentrale für Migration (Dirección General de Migración y Extranjería) ersetzt durch ein neues Nationales Institut für Migration (Instituto Nacional de Migración, INM). Eine Menschenrechtsmitarbeiterin am INM sagte Amnesty International[89], dass ihr Büro nun Angelegenheiten ausländischer MigrantInnen innerhalb Honduras regele und dass alle Regelungen, die sich um honduranische MigrantInnen drehen – sowohl im Ausland als auch rückgeführt – in die Zuständigkeit des Außenministeriums zusammengeführt wurden.

In Guatemala führte ein Gesetz von 2007, das 2008 reformiert wurde, den Nationalen Rat zur Betreuung des Guatemaltekischen Migranten (Consejo Nacional de Atención al Migrante de Guatemala, CONAMIGUA) ein. Dieser wurde eingerichtet, um „die Aktionen und Aktivitäten der Einrichtungen des Staates zu koordinieren, definieren, zu beaufsichtigen und zu überwachen, die dazu eingerichtet wurden, guatemaltekische MigrantInnen und deren Familien sowie MigrantInnen in Guatemala zu schützen, zu begleiten, zu unterstützen und ihnen zu helfen".[90] Eine Vertreterin von CONAMIGUA sagte Amnesty International, dass eine umfassende Gesetzesvorlage zur Migration, an deren Erarbeitung ihre Organisation seit fünf Jahren beteiligt war, gegenwärtig von der Regierung geprüft werde.[91] Regierungsbeamte und bürgerliche Organisationen sagten Amnesty International außerdem, dass das Parlament über eine neue Norm für Migrantion mit einer verbesserten Menschenrechtsperspektive diskutiere, um das existierende, veraltete Migrationsgesetz zu ersetzen.

El Salvadors 2011 eingeführtes Besonderes Gesetz zum Schutz und zur Entwicklung von Salvadorianischen Migranten und deren Familien[92] gründete den Nationalen Rat für den Schutz und die Entwicklung von Salvadorianischen Migranten und deren Familien (CONMIGRANTES). Dies ist eine interinstitutionelle Organisation unter Beteiligung der Zivilgesellschaft, die erfolgreiche Migrationsregelungen entwickelt, vorschlägt, erforscht und analysiert. Das Gesetz enthält auch spezifische Maßnahmen für das Schutzbedürfnis von marginalisierten Gruppen und ein Programm, um zurückgekehrte MigrantInnen wieder in Arbeitsprojekte zu integrieren.[93]

Als Antwort auf die Krise für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in den USA im Jahr 2014 richtete Guatemala die Kommission für eine Umfassende Betreuung von MigrantInnen im kinds- und jugendlichen Alter (Comisión para la Atención Integral de la Niñez y Adolescencia Migrante) ein, an der verschiedene Ministerien beteiligt sind, die sich mit Angelegenheiten von Jugendlichen und Migration befassen. Präsident Juan Orlando Hernández von Honduras kündigte die Einrichtung einer speziellen Arbeitsgruppe ein (fuerza de tarea del niño migrante), die aus Repräsentanten verschiedener Ministerien bestehen und der die Gattin des Präsidenten vorsitzen soll, um alle Bemühungen zu koordinieren.

[86] Secretaría de Gobernación, Unidad de Política Migratoria, Boletines Estadísticos.

[87] Ley de Protección de los Hondureños Migrantes y Sus Familiares, Decreto no. 106-2013, verfügbar unter www.sre.gob.hn/inicio/2014/marzo/leyes/LEY%20DEL%20MIGRANTE%2020140001.pdf

[88] Observatorio Consular y Migratorio de Honduras, verfügbar unter http://conmigho.wixsite.com/subscym-conmigho

[89] Interview with Amnesty International in Tegucigalpa, Honduras, Juli 2016

[90] Ley del Consejo Nacional de Atención al Migrante de Guatemala, Decreto 46-2007, verfügbar unter http://www.minex.gob.gt/userfiles/LeydelCONAMIGUA.pdf

[91] Interview with Amnesty International in Guatemala City, Guatemala, April 2016

[92] Ley Especial para la Protección y Desarrollo de la Persona Migrante Salvadoreña y su Familia, Decreto 655, verfügbar unter www.asamblea.gob.sv/eparlamento/indice-legislativo/buscador-de-documentos-legislativos/ley-especial-para-la-proteccion-y-desarrollo-dela-persona-migrante-salvadorena-y-su-familia

[93] In der gesamten Region werden Abgeschobene in Spanisch etwas euphemistisch als "zurückgekehrte MigrantInnen" bezeichnet.

El Salvador startete zwei Pilotprojekte, bekannt als die Zentren für die Betreuung von Kindern, Jugendlichen und Familien (Centros de atención a niñez, adolescencia y familia, CANAF), die versuchen, unbegleitete Kinder wiedereinzugliedern, die zurück ins Land zurück abgeschoben worden sind.

In Treffen mit Amnesty International sprachen viele VertreterInnen der verschiedenen Einrichtungen zur Migration davon, wie die neuen Regelungen dazu dienen sollen, das Thema von einem „verständlichen" Winkel anzugehen, indem VertreterInnen der Außenministerien, von Einrichtungen für Kinder und Jugendlichen und der Ministerien für Arbeit, Gesundheit und Bildung einbezogen werden. Trotzdem berichteten viele zivilgesellschaftliche Organisationen in allen drei Ländern Amnesty International, dass sie die Koordination zwischen den verschiedenen Einrichtungen als schlecht und ineffizient einschätzten. RegierungsvertreterInnen kritisierten außerdem die schlechte Entwicklung dieser neuen Institutionen. In Guatemala stellten RepräsentantInnen der Zentrale für Migration (Dirección General de Migración, DGM) und des Sekretariates für Soziales Wohlergehen, das mit Kindern und Jugendlichen arbeitet, die Erfolgsgeschichte von CONAMIGUA sehr in Frage. Als Antwort auf die Kritik sagte ein Angestellter von CONAMIGUA Amnesty International: „Ich denke, es ist die Rivalität zwischen den Institutionen" und beklagte sich, dass viele glauben, dass das Büro ein weit höheres Budget habe, als es tatsächlich der Fall ist.

Ressourcen sind ohne Frage ein Thema in allen drei Ländern, wo das staatliche Budget mit geringen Steuereinnahmen und einem hohen Maß an Korruption konfrontiert ist. Nicht mal die guatemaltekische Zentrale für Migration blieb von der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in den bahnbrechenden Korruptionsermittlungen in Guatemala verschont, die die DGM beschuldigte, Schmiergeld im Austausch für einen Vertrag akzeptiert zu haben, die Computersysteme des Büros zu modernisieren.[94]

Mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft und im Falle von Honduras des Solidaitätsfonds haben alle drei Länder eindeutige Verbesserungen in ihren aktuellen Verfahren erzielt, abgeschobene MigrantInnen aufzunehmen. Im neu renovierten Zentrum für zurückgekehrte unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in San Pedro Sula, Honduras, jetzt neu benannt in „El Edén", beschrieb ein Vertreter des Außenministeriums gegenüber Amnesty International, wie die Einrichtungen früher von Ratten befallen waren. In der Vergangenheit stiegen erwachsene HonduranerInnen, die aus Mexiko abgeschoben wurden, nach ihrer 20stündigen Busreise im drückend heißen Department Cortés aus, nur um eine kleine Station des Roten Kreuzes auf einer verlassenen Straße vorzufinden, die sie dort begrüßte. Seit September 2015 werden sie von einem Komplex aus mehreren Gebäuden willkommen geheißen, der auf einem Strandgrundstück steht, das früher Menschen gehörte, die in den Drogenhandel involviert waren. Nachdem es von der Regierung beschlagnahmt worden war, wurde das Anwesen in das Zentrum für die Betreuung von zurückgekehrten Migraten, Omoa, umgewandelt, in dem es auch Schlafsäle mit einer Kapazität für mehr als 100 Menschen und einen Transport zu der Bushaltestelle San Pedro Sula gibt (und oft auch Bustickets von dort aus nach Hause). Ähnliche neue Gebäude wurden in Guatemala und El Salvador an verschiedenen Standorten errichtet und renoviert, meistens verschiedene Orte für diejenigen, die über Land oder per Flugzeug zurückkehren und nach Erwachsenen und Kindern. An diesen Orten, die Amnesty International besucht hat, werden keine Mühen gescheut – von der Gewährleistung einer lokalen Spezialität als erste Mahlzeit bis hin zu ermutigenden Gesprächen bei der Ankunft – damit sich die abgeschobene Person willkommen fühlt. Aber was passiert mit den Menschen, die aus dem Land geflüchtet waren, weil sie um ihr Leben fürchteten, wenn sie aus der Tür hinaus und zurück in ihr altes Leben treten?

3.2 IN GEFAHR UND KEIN AUSWEG

Bei der Recherche in allen drei Ländern fand Amnesty International heraus, dass die Mühen, die sich die Staaten machen, um die zurückgekehrten BürgerInnen zu schützen, scheinbar zu dem Zeitpunkt enden, an dem sie die Aufnahmezentren verlassen und dass keine effektiven Schutzmechanismen existieren. In vielen Ländern vertrauen die Behörden auf zivilgesellschaftliche Organisationen, um diese Lücke zu füllen. Sie erbringen gerade einmal die wesentlichsten Leistungen, um Abgeschobenen mit Schutzbedürfnissen entgegenzukommen.

Weil aussagekräftige Statistiken über illegale Auswanderung nicht existieren, wurden Auffangzentren ein wichtiger Ort, um Informationen und Statistiken zur Demographie der MigrantInnen zu sammeln. Sie sind auch der Ort, um die Personen zu identifizieren, die möglicherweise dem Risiko einer gravierenden Menschenrechtsverletzung oder Misshandlung ausgesetzt sind. Die Interviews, um diese Informationen zu sammeln, sind oft eine echte Herausforderung für MigrantInnen, die zu viel Angst haben könnten, in einem ersten Interview zu viel zu verraten, das oft nur fünf oder zehn Minuten dauert.

[94] M. Hernández, 'Directora de Migración renuncia por motivos personales', in Prensa Libre, 20 July 2016, verfügbar unter www.prensalibre.com/guatemala/politica/directora-de-migracion-renuncia-por-motivos-personales

Alle drei Länder haben zusammen mit dem UNHCR und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und im Falle von Kindern zusammen mit der UNICEF spezielle Programme entwickelt. Mit diesen werden MitarbeiterInnen der Einwanderungsbehörden darin geschult,Fälle zu erkennen, in denen Schutzbedarf besteht, und es gibt Projekte, um sich mit denjenigen zu befassen, die Schutz benötigen. Die meisten der Auffangzentren folgen einem Verfahren, bei dem ein kurzes erstes Interview zu einem zweiten, ausführlicheren Interview führen kann. Dieses findet oft mit einem ausgebildeten Psychologen, Sozialarbeiter oder einem Menschenrechtsbeauftragten statt, wenn dies notwendig erscheint. Aber in keinem der Fälle, die von Amnesty International dokumentiert wurden, sagten die Abgeschobenen, dass sich die Behörden vollständig oder adäquat nach ihrem Schutzbedarf erkundigten oder sich weiter darum kümmerten.

Beamte in allen drei Ländern sagten Amnesty International, dass nach der Krise im Jahr 2014, in der tausende unbegleitete Kinder zurück in ihre Herkunftsländer geschickt wurden, der dringende Bedarf bestand, den Aufnahmeprozess zu verbessern. Jedoch war der nächste Schritt, die Wiedereingliederung anzugehen mit dem Ziel, sie von einer erneuten Migration abzuhalten. Alle drei Länder haben mit verschiedenen Pilotprojekten begonnen, die Hilfe bei der Arbeitssuche, Fachausbildungen und generelle Ausbildungsprogramme enthalten. Aber keiner der Vertreter der drei Länder konnte einen umfassenden Plan zum Schutz von MigrantInnen in Gefahr vorweisen, der bereits durchgeführt wird. Ein Beamter des honduranischen Außenministeriums anerkannte das Problem und sagte Amnesty International, dass die Regierung mit Hilfe des UNHCR "verschiedene Schutzmaßnahmen definiere" und daran arbeite, das Schutzprotokoll mit dem Roten Kreuz zu erneuern, nannte aber keine weiteren Details.

Zu den Änderungen, die honduranische Beamte erwähnten, gehörte auch die Gestaltung des Erstinterviews im Aufnahmezentrum. Während der UNHCR zuvor die Interviewfragen als zu kurz und oberflächlich kritisiert hatte, um Schutzbedürfnisse aufzudecken,[95] werden die neuen Interviewfragen nach einer internen Prüfung durch lokale Behörden als zu lang und ausführlich für ein erstes Interview eingeschätzt. Ein Beamter stellte Amnesty International eine Kopie der Interviewfragen und des Protokolls zur Verfügung, die zur Indentifizierung von gefährdeten Personen eingesetzt werden. Die Fragen und das Protokoll sind tatsächlich sehr ausführlich, enthalten aber keine Anweisungen, was nach der Identifikation des Schutzbedürfnisses zu tun sei. Kein Beamter konnte Amnesty international sagen, wann das neue Protokoll fertig gestellt sei oder wann dieses umgesetzt werden würde. Zurzeit können Migranten, die für in ihren Gemeinden ernsthaft gefährdet gehalten werden, bis zu sieben Tage in den Schlafräumen des neuen Aufnahmezentrums bleiben, das vom Roten Kreuz in Omoa geleitet wird, aber es gibt keine feste Regelung, wenn sie dieses verlassen.

"Wir würden uns wünschen, dass die Regierung konkrete Maßnahmen umsetzt," sagte ein Funktionär der honduranischen Menschenrechtskommission ("Honduran National Human Rights Commission", CONADEH) zu Amnesty International. "Ich denke, wenn wir offener anerkennen würden, dass Gewalt und Unsicherheit zu den Hauptursachen von Migration gehören, wäre die Kommission für Vertreibung schon finanziert und wir hätten vielleicht jetzt schon ein Zentrum [für die Menschen mit Schutzbedürfnissen] und hätten konkrete Maßnahmen durchgeführt, um eine Lösung für diese Problem zu suchen."[96]

Auf die Frage nach einem Schutzprotokoll für Erwachsene in El Salvador sagte ein Vertreter des Büros für die Wiedereingliederung von zurückgekehrten Menschen im Außenministerium Amnesty International, dass solche Situationen normalerweise vor der Abschiebung von den Konsulaten identifiziert werden und dass sie versuchten, sich mit anderen Institutionen und NGOSs abzustimmen, um mit dem Problem umzugehen. Weitere Details gab er nicht an. Trotz des Rekordniveaus an Gewalt, das im Jahr 2015 dokumentiert wurde, bestand der Mitarbeiter darauf, dass "man sagen muss, dass die Menschen als erstes behaupten, dass sie das Land auf Grund von Gewalt verlassen hätten. Später realisiert man dann, dass es das aber in Wirklichkeit nicht so ist, und am Ende werden sie dir das selbst sagen... dass es einen anderen Grund gab."[97]

Im Fall von Kindern jedoch wird ein detaillierteres Schutzprotokoll umgesetzt. El Salvador hat ein fortschrittliches System eingeführt, das, in der Theorie, mit einem detaillierten Interview mit Vertretern des Konsulats vor der Abschiebung beginnt, so dass jedes Kind mit Schutzbedürfnissen, auch bei Gewaltdrohungen von Banden, den Behörden in El Salvador gemeldet wird, bevor er oder sie nach El Salvador zurückkehrt. Es ist wichtig noch einmal zu betonen, dass diese Kinder internationalen Schutz in dem Land hätten bekommen sollen, in das sie geflohen sind (oft Mexiko oder die USA). Ihre Zurückweisung (Ausweisung) ist ein Verstoß gegen internationales Recht.

[95] UNHCR, Diagnóstico sobre la caracterización de la Población Hondureña retornada con Necesidades de Protección, 2015, p. 15, verfügbar unter www.acnur.org/fileadmin/scripts/doc.php?file=fileadmin/Documentos/Publicaciones/2015/10027

[96] Interview in Tegucigalpa, Honduras, July 2016.

[97] Interview in San Salvador, El Salvador, May 2015.

Bei der Ankunft im Auffangzentrum wird ein Kind kurz vom Nationalen Rat für Kinder und Jugendliche (National Council on Children and Adolescents (CONNA)) interviewt. Wenn dort das Schutzbedürfnis festgestellt wird, wird das Kind zum salvadorianischen Institut für Kinder und Jugendliche ("Salvadioran Institute for Youth and Adolescence (ISNA)) geschickt, um dort ein ausführlicheres Interview durchzuführen. Das Zentrum für die Betreuung von MigrantInnen in San Salvador hat einen Schutzraum für Kinder in seinen Räumlichkeiten, aber als Amnesty International den Standort besucht hat, schien er noch nicht in Benutzung zu sein. Er war leer und Plastikfolie war immer noch um einige der Betten gewickelt. Danach kann das Kind, wenn nötig, zu einem der beiden Zentren für die Betreuung von Kindern, Jugendlichen und Familien (CANAF) geschickt werden. Dies sind Pilotprojekte für die Wiedereingliederung von unbegleiteten Kindern mit einem Schutzbedürfnis. Wenn diese erfolgreich sind, könnten sie als Vorzeigemodelle für die Region dienen. Aber während soziale, ökonomische und erzieherische Wiedereingliederungsprogramme zu existieren scheinen, waren praktische Verfahrensvorschriften um Schutz von Kindern in echter Gefahr immer noch unklar.

In Honduras werden Kinder mit einem Schutzbedürfnis vom Büro für Kinder, Jugendliche und Familien (DINAF) an die zivilgesellschaftliche Organisation Casa Alianza verwiesen. Diese bringt die Kinder in ihrem Auffangzentrum in Tegucigalpa unter oder schickt sie von ihrem zuhause aus zur psychologischen Nachsorge und zu unterschiedlichen sozialen und schulischen Aktivitäten. Trotz einiger Anfragen konnte Amnesty International während des Aufenthalts in Honduras kein Treffen mit einem Vertreter von DINAF vereinbaren, um mehr über ihre Bemühungen zum Schutz für gefährdete Kinder zu hören. In einem Evaluationsbogen zu den verschiedenen Bemühungen der Arbeitsgruppe über Kindermigration, das Amnesty International zur Verfügung gestellt wurde, schrieb die Nationale Menschenrechtskommission (CONADEH), dass „die CONADEH besorgt ist, dass die Jungen, Mädchen und Jugendlichen, denen besonderer Schutz zusteht, diesen nicht gemäß der Vorgaben erhalten, die der UNHCR festgelegt hat".[98] Ein Beamter des Außenministeriums sagte Amnesty International, dass die DINAF darauf hoffe, eine Unterkunft für abgeschobene Familien und Kinder mit Schutzbedarf zu einzurichten. Dies soll mit Hilfe des UNHCR und des Norwegischen Rats für Flüchtlinge bis Ende 2016 geschehen, aber in einer E-Mail an Amnesty International Ende August 2016 sagte ein Vertreter von DINAF, dass es Probleme gebe, den Ort zu sichern, wo die Unterkunft eingerichtet werden sollte, und dass diese Probleme das Projekt auf unbestimmte Zeit verzögerten.

Casa Alianza wird oft gelobt für seine exzellenten Leistungen, aber andere zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren die schlechte Koordination von DINAF und das generelle Auslagern ihrer eigentlichen Aufgaben an die Zivilgesellschaft. Ein katholischer Priester, der die Pastoralgruppe für Menschliche Mobilität leitet, sagte zu den Bemühungen der Kirche bei der Erarbeitung von Verfahren für abgewiesene MigrantInnen in Guatemala: „Wenn wir nicht wären, wäre hier gar nichts… Es wird Zeit, dass der Staat endlich seine Verantwortung wahrnimmt."[99] Organisationen wie Kinder, die Verteidigung brauchen (Kids in Need of Defense (KIND)) und das Team für Gemeinnützige Studien und Psychosoziale Maßnahmen (Equipo de Estudios Comunitarios y Acción Psicosocial (ECAP)) leisten ebenfalls wichtige Arbeit. Sie helfen bei der Wiedereingliederung von unbegleiteten Kindern in Guatemala, die oft aus den ärmsten und abgelegendsten Gegenden des Landes kommen und keinerlei Unterstützung der Regierung erhalten.

3.3 ABGESCHOBEN ZURÜCK IN DIE HÖLLE

Auch wenn die Regierungen des Nördlichen Dreiecks Zentralamerikas das Ausmaß des Problems noch nicht ganz erkannt haben, herrscht immer mehr Einigkeit darüber, dass MigrantInnen, die gewzungenermaßen in ihre Heimatländer zurückgebracht werden, nachdem sie vor Gewalt geflohen waren, einem großen Risiko ausgesetzt sind. Im Mai 2016 erließ die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte Schutzmaßnahmen, die die USA aufforderten, eine salvadorianische Frau und ihre Tochter nicht abzuschieben, in der Annahme dass dies ihr Leben und ihre persönliche Integrität in Gefahr bringen würde.[100]

Es gibt keine offiziellen Statistiken, die dokumentieren, wie viele abgeschobene MigrantInnen anschließend ermordet werden, aber es gibt Gerüchte und Berichte in den Nachrichten, die vermuten lassen, dass es nicht ungewöhnlich ist. Eine demnächst veröffentlichte Studie der Sozialwissenschaftlerin Elizabeth Kennedy wurde in der Zeitschrift The Guardian zitiert. Dort wurde gesagt, dass eine Analyse der lokalen Nachrichten seit 2014 ergab, dass 83 Menschen aus Zentralamerika ermordet wurden, nachdem sie aus den USA abgeschoben worden waren.[101] Die Anzahl derer, die ermordet wurden, nachdem sie aus Mexiko abgeschoben wurden, ist wahrscheinlich höher, wenn man die anhaltende Zunahme von Abschiebungen aus diesem Land in Betracht zieht.

[98] Internal CONADEH document provided to Amnesty International.

[99] Interview with Amnesty International in Guatemala City, April 2016.

[100] Inter-American Commission on Human Rights, Resolution 30/2016, Precautionary Measure no. 297-16, Matter of E.G.S. and A.E.S.G, regarding the United States of America, 11 May 2016, verfügbar unter www.oas.org/es/cidh/decisiones/pdf/2016/MC297-16-Es.pdf

[101] S. Brodzinsky, E. Pilkington, "US government deporting Central American migrants to their deaths", in The Guardian, www.theguardian.com/usnews/2015/oct/12/obama-immigration-deportations-central-america

SAUL *

ABGESCHOBEN IN DEN TOD

> “Ich bin immer unruhig... Ich glaube, dass wieder etwas passieren wird, vielleicht sogar mir“

Saul, 35 Jahre alt, Vater von fünf Kindern, von Bandenmitgliedern ermordet in Honduras, nachdem ihm der Flüchtlingsstatus in Mexiko verweigert worden war. 7. Juli 2016
© Amnesty International / Encarni Pindado

Sauls Reise begann 2012. Damals war er 31 Jahre alt. Er verließ Honduras und machte sich auf den Weg durch Mexiko, in der Hoffnung in die USA zu gelangen, um genug Geld zu verdienen um seiner Frau Ana** und seinen fünf Kindern ein Haus zu bauen. Dies erzählte er Amnesty International in einem Interviel in seiner Heimat Tegucigalpa im Juli 2016. Während er mit einem Güterzug zur US-amerikanischen Grenze fuhr – ein Zug, den man als „The Beast (Das Biest)“ kennt auf Grund der Gefahr, die er für die MigrantInnen birgt – wurde er von bewaffneten Männern überfallen. Saul versuchte zu entkommen und verlor seinen linken Fuß, als er vom Zug fiel. Nachdem er medizinische Versorgung erhalten hatte, wurde er fünf Tage in einer Haftanstalt in Mexiko City festgehalten und dann mit dem Bus zurück nach Honduras geschickt, so erzählte er. Seine Verletzung war immer noch nicht abgeheilt. Als er in Honduras ankam, hatte er eine schwere Infektion.

Saul sagte, er habe keine Hilfe von der honduranischen Regierung erhalten, entschied sich aber dazu, im Land zu bleiben und als Fahrer für die Busse zu arbeiten, die als „rapiditos (sehr schnelle Busse)“ bekannt sind. Einige Jahre später, im November 2015, ging er mit zweien seiner Söhne auf einer Straße, als Schüsse auf sie abgefeuert wurden. Saul wurde nicht verletzt, aber seine Söhne, 7 und 14 Jahre, wurden schwer verletzt und verbrachten Wochen im Krankenhaus, um sich zu erholen.

Es ist in Honduras extrem gefährlich, in der Transportbranche zu arbeiten, aber viele Menschen haben keine Wahl. Saul sagte, dass er nie direkte Drohungen erhalten hatte oder Probleme hatte und daher nicht verstehen konnte, wieso er angegriffen worden war. Weil er Angst um sein Leben hatte, war er gezwungen, wieder nach Mexiko zu gehen und beantragte dort im Februar 2016 Asyl. Sein Asylantrag war nicht erfolgreich und ein paar Monate später kehrte er nach Honduras zurück.

Als Amnesty International ihn und seine Familie im Juli 2016 zu Hause traf, war er erst seit knapp drei Wochen wieder im Land. Ein paar Tage zuvor hinterließ eine Schießerei vor seinem Haus mehrere Schusslöcher in den Wänden seines kleinen Holzhauses. Er sagte, er wisse nicht, ob die Schüsse ihm gegolten hatten. In derselben Woche, erzählte er, fragten einheimische Männer den Freund seiner Tochter, ob der Vater wieder nach Honduras zurückgekehrt sei, und schlugen den Freund danach zusammen. Weil sie Angst um ihr Leben hatten, verließen er und seine Familie ihr Haus nicht mehr. Saul hoffte, wieder nach Mexiko reisen zu können, um dort Asyl für sich und seine ganze Familie zu beantragen, aber er hatte nicht das nötige Geld für die Reise. Saul äußerte mehrere Male während des Interviews seine Angst: „Ich fühle mich immer unwohl... Ich habe das Gefühl, es wird etwas passieren, vielleicht sogar mir.“ Drei Tage, nachdem Amnesty International mit ihm gesprochen hatte, wurde Saul unter ungeklärten Umständen erschossen. Seine Ermordung ist ein Beispiel für die unausweichliche Gewalt, vor der Tausende zu fliehen versuchen, der sie aber nach einer erzwungenen Rückkehr nicht mehr entkommen können. Zur Zeit der Veröffentlichung dieses Berichtes leben Ana und ihre Kinder immer noch in Honduras und haben Angst davor, was als nächstes kommen wird.

[102] Name geändert, um die Identität zu schützen.
[103] Name geändert, um die Identität zu schützen.

Amnesty International fragte mehrere Beamte in den drei Ländern, ob sie glauben, dass ein Teil der 70 Millionen US Dollar, die als Teil des von den USA unterstützten Konjunkturpakets (Plan of the Alliance for Prosperity)[104] in der Region ausgegeben werden sollen, für Schutzmaßnahmen für Abgeschobene bereitgestellt werden sollen, nachdem sie in ihr Heimatland zurückgekehrt sind. Obwohl die Details des Plans noch unklar sind, sagte keiner der Befragten, dass etwas für gefährdete Rückkehrer ausgegeben werden würde. Das festgelegte Ziel des Plans ist es, die Hauptursachen der Migration zu bekämpfen, um sie einzudämmen. Er ist aber vor allem darauf ausgelegt, das Wirtschaftswachstum anzuschieben und das organisierte Verbrechen zu stoppen. Die Gelder gehen wahrscheinlich eher in wirtschaftlichen Wiedereingliederungsprogramme, die die Regierungen gerne mit Werbekampagnen anpreisen, so wie „Bleib Hier" (Quédate) in Guatemala und „Mit Arbeit Lebt Es Sich Besser" (Con Chamba Vivís Mejor) in Honduras. Aber jeder Plan, der sich nicht mit den gravierenden internationalen Schutzbedürfnissen von Zehntausenden ZentralamerikanerInnen befasst, wird nur mit geringer Wahrscheinlichkeit die Migration ernsthaft eindämmen oder diejenigen, die der Gewalt ausgesetzt sind, sinnvoll schützen.

[104] The White House, FACT SHEET: The United States and Central America: Honoring Our Commitments, 14 January 2016, verfügbar unter www.whitehouse.gov/the-press-office/2016/01/15/fact-sheet-united-states-and-central-

JANETTE *

NACH DER ABSCHIEBUNG NICHT IN DER LAGE, IHREN VERGEWALTIGERN ZU ENTKOMMEN

> "Ich wollte nie weg aus meinem Land ... Aber wenn die Umstände so sind, dass ich gehen muss. dann werde ich gehen"

Janette, 15 Jahre alt, war gezwungen, aus Honduras zu fliehen, nachdem sie vergewaltigt worden war. Sie versuchte in Mexiko Asyl zubeantragen, entschied aber zurückzukehren, nachdem sie erfahren hatte, dass sie zwei Monate lang in Haft bleiben müsse, während über ihren Asylantrag entschieden werde, 4. Juli 2016

© Amnesty International / Encarni Pindado

Janette, 15 Jahre alt, lebte in einem der gefährlichsten Viertel in San Pedro Sula, Honduras. Im Jahr 2013, als sie 13 Jahre alt war, meldete sie in der Schule, dass sie von zwei Mädchen in ihrer Klasse gemobbt wurde. Die Mädchen rächten sich, indem ihre Freunde, Bandenmitglieder, sie auf dem Schulgelände vergewaltigten. Janette wurde durch den Übergriff schwanger, erlitt aber im sechsten Schwangerschaftsmonat eine Fehlgeburt. Janette und ihre Mutter flohen und lebten bei Familienangehörigen in verschiedenen anderen Teilen der Stadt und des Landes. Nachdem sie in ihr Viertel zurückkehrten, belästigte einer der Angreifer Janette weiterhin. Sie und ihre Mutter versuchten, Asyl in Mexiko zu bekommen. Als man ihnen aber sagte, dass sie zwei Monate in Haft bleiben müssten, bis eine Entscheidung gefällt würde, kehrten sie wieder nach Honduras zurück.

Janette zeigte den Angriff auf sie bei der honduranischen Polizei nicht an, weil sie Angst hatte und dieser nicht traute. Die Immigrationsbehörde schien auch nicht sonderlich an ihrer Aussage interessiert zu sein, als sie aus Mexiko zurückkehrte, sagte sie, verwiesen sie aber an die NGO Casa Alianza.

Janette konnte nicht wieder in die Schule gehen und nimmt stattdessen an Unterricht im Kochen und Kosmetik bei der Casa Alianza teil. In Interviews in März und Juli 2016 beschrieb sie gegenüber Amnesty International, dass einer der Angreifer sie zunehmend stärker weiterhin belästigte. Einmal betrat er ihr Zuhause, als sie alleine war, und belästigte sie solange, bis ein Freund ankam und ihn wegjagte. Janette strahlte, als sie ihre Vorstellung von der Zukunft beschrieb – ein Mädchen mit einem Abschluss der Mittelschule und einem Abschluss in Kochen und ihrem eigenen Kosmetikstudio. Aber sie räumte auch ein, dass sie möglicherweise ihr Land wieder verlassen müsse, um wirklich sicher zu sein: „Ich wollte nie weit weg von meinem Land sein. Ich wurde hier geboren; ich werde hier sterben. Aber wenn die Umstände so sind, dass ich gehen muss, dann werde ich gehen."

* Name geändert, um die Identität zu schützen. Interviews in Honduras, März und Juli 2016.

4.DIE REGIERUNGEN: VERSAGEN IM IN- UND AUSLAND

Die Länder des nördlichen Dreiecks scheitern nicht nur daran, ihre BürgerInnen zu Hause zu schützen. Auch im Ausland haben sie sich immer wieder als schlechte Anwälte für die Rechte ihrer BürgerInnen erwiesen. Es wurden in den letzen Jahren wohl deutliche Veränderungen vorgenommen, um die Schutzmechanismen der Konsulate zu verbessern. Menschen, die in letzter Zeit abgeschoben wurden, berichten jedoch nichts davon, dass sie von den VertreterInnen der Konsulate mehr Unterstützung erhalten hätten.

Die schlimmsten Beispiele schlechter Behandlung lieferten die Angehörigen von MigrantInnen, die auf ihrer gefährlichen Reise durch Mexiko verschwanden oder getötet wurden. Wenn Verwandte in einem solchen Fall Hilfe bei Konsulaten in Mexiko suchten, erhielten sie diese entweder gar nicht oder nur in minimalem Umfang. Obgleich die Hauptverantwortung für diese Menschenrechtsverletzungen bei den mexikanischen Behörden liegt, die den Opfern und ihren Familien weder Rechtshilfe oder Reparationsleistungen zugestanden, übten die zentralamerikanischen Behörden ihrerseits keinerlei Druck auf diese Behörden aus, um die Rechte der Opfer geltend zu machen. Sie ließen den Familien, die meistens vollkommen verzweifelt waren und nur begrenzte Mittel hatten, auch kaum Unterstützung zukommen. In vielen Fällen haben die Familien versucht aus der Ferne herauszufinden, was mit ihren Nächsten geschehen war. In diesem Vakuum haben sich die Angehörigen der Vermissten und Verschwundenen in vielen Ländern der Region zusammengefunden, um spezielle Komitees zu gründen und jährliche Gruppenreisen nach Mexiko zu unternehmen, um nach ihren Familienmitgliedern zu suchen. Alle Angehörigen, die mit Amnesty International sprachen, beschrieben schwere Traumata und den starken Stress nach diesen Tragödien, meinten aber, dass die Behörden in Mexiko ebenso wie die in ihren Heimatländern nur sehr wenig oder gar keine psychologische oder logistische Hilfe leisteten. Diese erhielten sie in erster Linie von zivilgesellschaftlichen Gruppen.

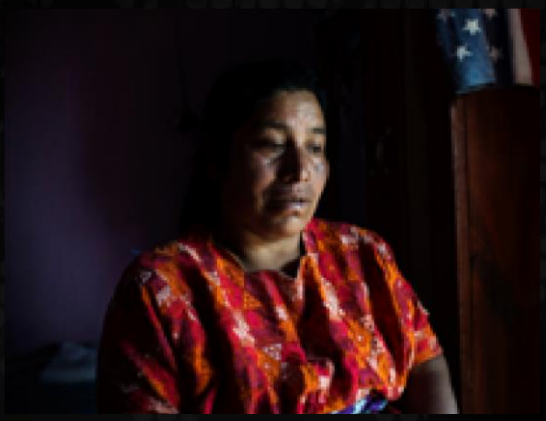
4.1 DIE SUCHE NACH GERECHTIGKEIT IM ZEITALTER GLOBALER MIGRATION

Die drei Massaker an MigrantInnen in Mexiko in den Jahren 2010, 2011 und 2012[106] illustrieren auf tragische Weise die schweren Menschenrechtsverletzungen, denen MigrantInnen ausgesetzt sind, wenn sie Mexiko auf ihrem Weg in die USA durchqueren. Die Verantwortung für diese Menschenrechtsverletzungen tragen in erster Linie die Länder, in denen die Verbrechen verübt wurden. Aufgrund der Tatsache, dass die Opfer– sowohl die Getöteten als auch deren Verwandte - in diesen Fällen MigrantInnen und/oder Menschen sind, die außerhalb des Landes leben, wo die Übergriffe stattfanden, ist es dennoch notwendig, über neue Wege nachzudenken, um den Opfern das Recht auf Wahrheit und Gerechtigkeit, das ihnen zusteht, zu garantieren.

[106] Das erste Massaker war die Ermordung von 72 MigrantInnen in San Fernando, Tamaulipas, im August 2010. Das zweite Massaker geschah ebenfalls in San Fernando, Tamaulipas. Dabei wurden 193 Leichen in verschiedenen geheimen Gräbern gefunden. Viele der Opfer sollen MigrantInnen gewesen sein. Das dritte Massaker geschah in Cadereyta, Nuevo León, im Mai 2012, wo 49 Torsos am Rand einer Autobahn gefunden wurden.

In ihrem Bericht über Mobilität in Mexiko stellte die Interamerikanische Menschenrechtskommission fest, „dass zentralamerikanische Familien größere Schwierigkeiten haben, Zugang zum Justizsystem zu erhalten, weil es keine regionalen Koordinationsmechanismen gibt, mit Hilfe derer Familien informiert und in den investigativen Prozess einbezogen oder unterstützt werden.[107] Deshalb rufen regionale Juristen des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof alle betroffenen Länder dazu auf, hier zu kooperieren und öffentliche Verfahrensweisen[108] einzuführen, um den Zugang zur Justiz – wie das Recht auf die Unterstützung durch die Botschaft und die Beseitigung materieller Hindernisse - zu erleichtern und Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen zu vermeiden. Die Herausforderung, den Familien von MigrantInnen, die in einem anderen Land verschwunden sind oder getötet wurden, den Zugang zur Justiz zu garantieren, kann nur durch innovative Mechanismen bewältigt werden, die diese Herausforderung als solche erkennen und sich auf sie einstellen. Alle betroffenen Länder, auch die Herkunfts-, Transit- und Zielländer, sollten sich untereinander effektiv koordinieren, um den Opfern über Landesgrenzen hinweg den Zugang zur Justiz zu ermöglichen.

SUCHE NACH VERSCHWUNDENEN



JUANA LÓPEZ GÓMEZ *

WARTEN AUF DEN SOHN, DER NICHT MEHR ZURÜCKKAM

Juana López Gómez, deren 20 jähringer Sohn 2011 in Mexiko verschwand, 20. April 2016
© Amnesty International / Encarni Pindado

Juana und ihr Mann Jesús leben von dem, was sie auf ihrem Land in der Provinz Quetzaltenango, Guatemala, anpflanzen. Ihr damals 20-jähriger Sohn Moisés Isaak Fuentes López verließ sie im Juli 2011 gen Norden. Er sagte, er wolle seinem 16-jährigen Bruder Jesús helfen, der in Arizona von der US-Immigrationsbehörde festgehalten wurde, nachdem er versucht hatte, die Grenze zu überwinden. Nachdem er einen Kredit von ca. 6.000 USD aufgenommen hatte, brach Moisés auf. Er rief seine Eltern fünf Tage später an und teilte mit, dass er die Nordgrenze Mexikos in Reynosa (Tamaulipas State) erreicht hatte und in Kürze den Rio Bravo überqueren würde. Die nächste Nachricht kam von einem Mann, der sie anrief um mitzuteilen, dass Moisés im Fluss ertrunken sei. Da es keinerlei Beweise gab, glaubten Juana und Jesús nicht, dass ihr Sohn tot war. Ein Jahr später, als eine Verwandte glaubte, im Internet ein Foto von Moisés in einem mexikanischen Krankenhaus gesehen zu haben, erstatteten sie in Guatemala Anzeige. Zuerst gingen sie zum Außenministerium, wo sie DNA-Proben einreichten. Die Beamten versprachen, sich bei ihnen zu melden, was aber laut Juanas Aussage nie geschah. Sie wurden auch zweimal beim Generalstaatsanwalt (Ministerio Público), wo sie das Foto hinterließen, das sie im Internet gefunden hatten und von dem sie glaubten, dass es ihren Sohn zeigt. Juana erzählt, die Börden hätten ihr geraten, ihr Geld nicht für weitere Reisen dieser Art zu verschwenden, sondern stattdessen einfach anzurufen. Sie tat dies einmal, erhielt jedoch keine Informationen. Juana ist verzweifelt und weiß nicht, wen sie noch um Hilfe bitten könnte. Ihr 17-jähriger Sohn Jaime spricht nun auch davon, dass er nach Norden reisen will, jedoch will seine Mutter das nicht zulassen. Moisés ist nach wie vor verschwunden.

[107] Inter-American Commission on Human Rights, Human Rights of Migrants and other persons in the context of human mobility in Mexico, 2013, p. 75, Verfügbar unter www.oas.org/en/iachr/migrants/docs/pdf/Report-Migrants-Mexico-2013.pdf

[108] Regional jurisprudence has signaled the need to create public policies to address serious human rights issues. See Inter-American Court on Human Rights, Caso González y otras ("Campo Algodonero") vs. Mexico, 2009, para. 282, and Inter-American Court on Human Rights, Luna Lopez v. Honduras, 2013, para. 243.

[109] Interview in Quetzaltenango, Guatemala, April 2016.

MISSACHTUNG DER ANGEHÖRIGEN VON OPFERN VON MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

DIE OPFER DES MASSAKERS VON CADEREYTA *

ALLEINGELASSEN IM ANGESICHT UNBESCHREIBLICHEN SCHRECKENS

> "Die Regierung bietet keinerlei Hilfe für all die Menschen, die gestorben sind ... Sie tut nichts"

Norma Marina Suazo, Mutter eines der 49 Opfer des Massakers von Cadereyta, 16. März 2016
© Amnesty International / Encarni Pindado

Im Mai 2012 wurden in Cadereyta im nordmexikanischen Staat Nuevo León die verstümmelten Leichen von 49 Menschen gefunden, bei denen es sich vermutlich um nicht registrierte Migranten handelte. Mindestens 10 der Opfer wurden von der Forensik-Kommission als Honduraner identifiziert. Eine Gruppe von Müttern, Schwestern, Tanten und Ehefrauen der Opfer berichten davon, dass die honduranischen Behörden sie kaum unterstützten, als sie mehr als zwei Jahre lang darauf warteten, dass die sterblichen Überreste ihrer Angehörigen identifiziert und aus Mexiko überstellt werden. Die sterblichen Überreste wurden im Juli 2014 nach Honduras zurückgebracht, aber die Angehörigen sind der Meinung, dass die honduranischen Behörden ihnen Hindernisse in den Weg legten, als es darum ging, dass die Gelder des Honduranischen Solidaritätsfonds für Migranten (FOSMIH) verteilt werden sollten. Sie verfügten Anforderungen wie zum Beispiel das Einreichen von Fotos ihrer Häuser als Bedingung dafür, um Hilfsleistungen aus dem Fond zu erhalten.** Die Familienmitglieder erzählten, wie die Tragödie ihr ganzes Leben zerstörte: Kinder, die ohne Eltern zurückblieben, Eltern, die an dem Verlust eines Kindes zerbrachen, Krankheiten, Depressionen und immense finanzielle Not. „Das hat uns alle umgebracht", sagte eine Frau während des Interviews immer und immer wieder. Abgesehen von einer Summe von 3000 Iempiras (134 US$) pro Familie erhielten die Angehörigen, wie sie uns erzählten, weder finanzielle, psychologische noch sonstwie geartete Unterstützung von Seiten der honduranischen Behörden. Unsere Kinder „überweisen all dieses Geld", das die honduranische Wirtschaft ankurbelt, aber „der honduranische Staat bringt kein Geld auf die Leute, die umkamen", nachdem sie sich auf den Weg gemacht hatten. „Er tut einfach nichts."

* Interview in Honduras, März 2016.

** Beamte des Außenministeriums bestätigten gegenüber Amnesty International diese Praxis und sagten, es sei notwendig zu überprüfen, ob die Familien den finanziellen Anforderungen genügen, um sich für die Zahlungen zu qualifizieren.

ZENTRALAMERIKANISCHE REGIERUNGEN: KOMPLIZEN DER VERSAGENDEN MEXIKANISCHEN JUSTIZ

DER FALL VON MIRNA CARMEN SOLÓRZANO *

DER HORROR EINER UNBEKANNTEN LEICHE

> "Meine Ungewissheit ist unerträglich ... zu leben und nicht zu wissen, ist es meine Tochter oder ist sie es nicht?"

Mirna Carmen Solórzano, deren 23-jährige Tochter 2010 in Mexiko verschwand, 14. Mai 2016
© Amnesty International / Encarni Pindado

Mirna's 23-jährige Tochter Glenda verließ ihr Zuhause in San Vicenté, El Salvador, am 10. August 2010. Glenda wollte ihren Vater wiedersehen, der in die Vereinigten Staaten gegangen war, als sie noch ein Mädchen war, um der Familie zu helfen, die es kaum schaffte, das Geld für Mirna's Verkaufsstand für Brot und Kaffee zusammenzukratzen.**

Mirna telefonierte mit ihrer Tochter vier Tage nach deren Abreise. Danach hörte sie nie wieder von ihr. Einige Tage später kamen Beamte des salvadorianischen Außenministeriums zu ihr nach Hause und teilten ihr mit, man habe den Ausweis ihrer Tochter bei den 72 Opfern des berüchtigten und grausamen Massakers an MigrantInnen in San Fernando, einer Stadt im nordmexikanischen Staat Tamaulipas, am 22. August 2010 gefunden.

Am 1. September brachte man sie in die Hauptstadt, um eine DNA-Probe zu nehmen, und ein paar Stunden später erfuhr Mirna von Beamten des Außenministeriums, dass die sterblichen Überreste eindeutig als die ihrer Tochter identifiziert worden seien. Mirna meinte, es sei ihr sofort verdächtig vorgekommen, dass die Ergebnisse so schnell zur Hand waren, dass sie niemals eine Kopie der DNA-Ergebnisse erhielt und dass sie zu keinem Zeitpunkt ein anderes Beweisstück zu sehen bekam als den Ausweis ihrer Tochter. Am 5. September 2010 übergaben die Behörden die – wie sie sagten – überstellten sterblichen Überreste ihrer Tochter. Als Mirna den Sarg öffnete, sah sie eine Leichte ohne Haare und Kleidung, die unmöglich als ihre Tochter zu identifizieren war. Die Leiche wurde am nächsten Tag begraben, aber Mirnas Misstrauen wuchs. Sie möchte nun mit Hilfe der mexikanischen Organisation „Foundation for Justice and the Democratic Rule of Law" erreichen, dass die salvadorianische Regierung die Leiche exhumiert und dass das Ergebnis durch neue, unabhängige DNA-Tests des argentinischen Teams für forensische Anthropologie bestätigt werden.

Mirna sucht Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung von Seiten der mexikanischen Behörden, aber sie sagt auch: „El Salvador wollte uns nicht hören". Sie sagt, die Ungewissheit sei unerträglich, „zu leben und nicht zu wissen, ob es meine Tochter ist oder nicht."

* Interview in El Salvador, Mai 2016.

** J. Salomón, "Mexico's journey of death: 'I opened the coffin and I knew it was not my daughter'", in Amnesty International, 10. September 2015, verfügbar unter www.amnesty.org/en/latest/news/2015/09/mexicos-journey-of-death-i-opened-the-coffin-and-i-knew-it-was-not-my-daughter/

5. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN

Nord- und Zentralamerika erleben die schwerste Migrationskrise seit Jahrzehnten. Die Gefahren, die die Reise der MigrantInnen durch Mexiko mit sich bringt, und das Unvermögen, regional auf die Flut der MigrantInnen und ihre Bedürfnisse zu reagieren, werden Gegenstand weiterer Untersuchungen von Amnesty International sein. Ein wesentlicher Teil des Dilemmas liegt jedoch in den Herkunftsländern, wo die Regierungen der Länder des nördlichen Dreiecks (Guatemala, Honduras und El Salvador) regelmäßig an der Erfüllung ihrer Verpflichtung scheitern, die Menschen in ihrem Staatsgebiet zu schützen, wenn sie wegen der dort herrschenden Gewalt in andere Länder fliehen und wenn sie dann als Deportierte zu den selben gefährlichen Lebensumständen zurückkehren.

Die Tatsache, dass Banden weite Landstriche kontrollieren, betrifft die gesamte Gesellschaft und hat Auswirkungen auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen: sexuelle Gewalt gegenüber Mädchen und Frauen, gezielte Angriffe auf LGBTI-Personen und Zwangsrekrutierungen von Kindern, besonders Jungen. Flucht ist für die BürgerInnen dieser Länder die einzige Möglichkeit, der Gewalt zu entkommen, da sie keinen Schutz durch die Sicherheitskräfte oder das Gerichtswesen erhalten, die oft ineffektiv und korrupt sind.

Während ein neues Modell für Einwanderungsvorschriften Gestalt angenommen hat, sehen sich diese Länder nun mit einem Zustrom an abgeschobenen RückkehrerInnen – hauptsächlich aus Mexiko und den USA – konfrontiert, unter Verletzung internationalen Rechts, das diese Menschen als Flüchtlinge schützt. Der UNHCR weist darauf hin, dass Asylsuchende aus dem nördlichen Dreieck zu einer Risikogruppe gehören: Personen oder Gruppen, die von einer Bande verfolgt werden, weil sie in den Augen der Bande deren Autorität nicht achten; Personen, deren Berufstätigkeit sie einem hohen Erpressungsrisiko aussetzt; Opfer und Zeugen von Verbrechen durch Banden oder Sicherheitskräfte; Kinder und Jugendliche aus Gebieten, in denen Banden aktiv sind und bestimmte Gegenden kontrollieren; Mädchen und Frauen in Gebieten, in denen Banden agieren; und LGBTI-Personen. Menschen, die diesen Gruppen zuzuordnen sind, bedürfen möglicherweise des internationalen Schutzes gemäß der Flüchtlingskonvention von 1951. Darüber hinaus weisen regionale Instrumentarien wie die Cartagena-Erklärung eindeutig denjenigen Menschen Flüchtlingsstatus zu, die vor der allgemeinen Gewalt in ihren Ländern fliehen, wie dies im zentralamerikanischen nördlichen Dreieck, sprich, Honduras, Guatemala und El Salvador deer Fall ist.

Während sich die Bedingungen unmittelbar bei der Aufnahme der zwangsweise zurückgeschickten Personen verbessert haben und soziale und wirtschaftliche Reintegrationsprogramme langsam Gestalt annehmen, haben die Regierungen der drei Länder keine umfassenden Schutzverfahren oder Mechanismen für die Tausenden, die in genau die gleiche Gewaltsituation abgeschoben werden, vor der sie ursprünglich geflohen sind. Der Plan der Alliance for Prosperity wird von den meisten Regierungsbeamten, mit denen Amnesty International gesprochen hat, als Hauptstrategie, um Migrationsursachen mit steigendem Wirtschaftswachstum und der Reduzierung des organisierten Verbrechens zu bekämpfen. Es bleibt jedoch unklar, wie die Bedürfnisse der Abgeschobenen, die in Gefahrensituationen zurückkehren, dabei berücksichtigt werden oder auf welche Weise dies dazu beitragenkann, denjenigen wirklichen Schutz zu bieten, die Gewalt ausgesetzt sind.

Die Geldüberweisungen, die die im Ausland lebenden MigrantInnen nach Hause schicken, sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in den Ländern des nördlichen Dreiecks. Dennoch scheinen die Staaten dem Leiden der Familien von MigrantInnen, die in ihrem Bemühen, die USA zu erreichen, auf der Reise – zum Teil gewaltsam - verschwunden sind oder die in Mexiko schweren Menschenrechtsverletzungen oder gar Massakern zum Opfer gefallen sind, weitgehend gleichgültig gegenüberzustehen. Die Staaten des nördlichen Dreiecks haben die Familien bei deren Suche nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung kaum unterstützt.

Die Staaten des nördlichen Dreiecks müssen unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit Tausender von Menschen, die in großer Gefahr leben, zu gewährleisten und sich um die vielen Abgeschobenen kümmern, deren Zahl in der nahen Zukunft kaum sinken wird. Bei der Verteilung der Geldmittel aus Entwicklungsplänen wie dem der „Alliance for Prosperity“, die dem Migrationsfluss Einhalt gebieten wollen, müssen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung, insbesondere der zwangsweise Zurückgekehrten, Priorität erhalten.

EMPFEHLUNGEN AN DIE REGIERUNGEN

An die Regierungen von El Salvador, Honduras und Guatemala:

- Entwerfen Sie Interviewfragen für die Konsulatsdienste und Aufnahmezentren, die es ermöglichen festzustellen, ob Abgeschobene in ihren Heimatorten in Gefahr sind.
- Verbessern Sie die Koordination zwischen den ausländischen Konsulatsdiensten und den nationalen Aufnahmezentren, um feststellen zu können, welche der Abgeschobenen Schutz benötigen.
- Erarbeiten Sie gemeinsam mit den Zielländern ein Verfahren für die Wiederaufnahme von solchen Deportierten erarbeiten, bei denen das Non-Refoulement-Prinzip missachtet wurde.
- Bieten Sie psychologische Unterstützung für die Abgeschobenen an, wo nötig.
- Wenn nötig, siedeln Sie Deportierte, die sich in Gefahr befinden, notfalls in andere Gemeinden um und bieten Sie ihnen dort Unterkunft, Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten.
- Übernehmen Sie die zentrale Verantwortung für den Schutz der Abgeschobenen, indem angesichts ihrer steigenden Zahl und der damit verbundenen Erfordernisse die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.
- Stellen Sie sicher, dass bei allen Aufnahme-, Reintegrations- und Schutzprogrammen für abgeschonene MigrantInnen die Rechte und besonderen Schutzbedürfnisse von Frauen, Indigenen, LGBTI-Personen und unbegleiteten Minderjährigen berücksichtigt werden.
- Bündeln Sie die Koordination der verschiedenen Dienste und die Erstellung von Statistiken zwischen den verschiedenen Ministerien, Agenturen und Gruppen, die Migrationsangelegenheiten von Erwachsenen und Kindern bearbeiten.
- Erarbeiten Sie Vorgehensweisen, um den Angehörigen der Migranten, die im Ausland Verbrechen oder Menschenrechtsverletzungen zum Opfer gefallen sind, besser und nachhaltiger helfen zu können. Dazu gehören aktive Rechtsunterstützung beim Kontakt mit ausländischen Behörden, die Entwicklung und Stärkung transnationaler Justizvorgänge, Informierung der Familien über die laufenden Untersuchungen und nötigenfalls das Angebot psychologischer Unterstützung.

An die Regierung der Vereinigten Staaten:

- Garantieren Sie, dass der US-unterstützte Plan der „Alliance for Prosperity“ für Schutzmaßnahmen für gefährdete Abgeschobene genutzt wird. Wirtschaftshilfen für die Herkunftsländer sollten gezielt darauf ausgerichtet sein, die Entwicklung und Umsetzung von Schutzmechanismen für gefährdete Teile der Bevölkerung zu fördern, und zwar bevor und nachdem Migration stattfindet.

AMNESTY INTERNATIONAL IST EINE WELTWEITE BEWEGUNG FÜR MENSCHENRECHTE

WENN EINEM MENSCHEN UNRECHT GESCHIEHT, GEHT ES UNS ALLE AN.

CONTACT US JOIN THE CONVERSATION

info@amnesty.orgwww.facebook.com/AmnestyGlobal

+44 (0)20 7413 5500 @AmnestyOnline

HOME SWEET HOME?

HONDURAS, GUATEMALA UND EL SALVADOR UND DIE STÄNDIG WACHSENDE FLÜCHTLINGSKRISE

Kriminelle Banden (bekannt als maras) und organisiertes Verbrechen haben das sogenannte nördliche Dreieck (El Salvador, Honduras und Guatemala) im letzten Jahrzehnt zu einer der gefährlichsten Gegenden der Welt gemacht. Diese "neue Realität" hat eine wichtige Veränderung in den Antriebsfaktoren für die Migrationsströme im Korridor Zentralamerika – Mexiko – USA geschaffen: schwindelerregende Gewalt führte zu steigenden Zahlen von Menschen, die in den Norden ziehen, um ihre Leben zu retten.

Die Regierungen des Nördlichen Dreiecks sind oft unwillig anzuerkennen, wie sehr die zunehmende Gewalt die Migration verändert hat. Dies hat ernste Auswirkungen auf das, was zunehmend Teil der Reise von MigrantInnen gewordenist: Die erzwungene Rückkehr.

Bei den Untersuchungen in allen drei Ländern stellte Amnesty International fest, dass die Regierungen des Nördlichen Dreiecks das Ausmaß des Problems noch nicht vollständig anerkennen und auf zweifache Weise darin versagen, ihre BürgerInnen zu schützen: Die sozioökonomischen Lebensbedingungen sind nach wie vor schlecht und eine zunehmend gewalttätige Umgebung beherrscht jede Ecke ihrer Länder. Dies veranlasst die Menschen in Massen zu fliehen, aber die Regierungen versagen darin, denjenigen Schutz zu gewähren, die in das gleiche gewalttätige Klima abgeschoben werden, aus dem sie geflohen sind.

Index: AMR 01/4865/2016
October 2016
Language: English

amnesty.org

AMNESTY INTERNATIONAL